

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18060.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonetzelle 1.55 M. — Die 7gespaltene Kolonetzelle mit Plagvorschritt 1.85 M. — Die 7gespaltene Kolonetzelle Familiennachrichten 1.10 M. Die 7gespaltene Kolonetzelle 0.25 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Anschläge der Gegenrevolution.

Lüttwizens und Bischoffs Arbeit in Pommern.

Der Hochverräter Watter!

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit bringt einen neuen unwiderleglichen Beweis dafür, daß General Watter in Münster bereits vor dem Rapp-Putsch von einem geplanten Unternehmen gewußt habe, ohne etwas dagegen zu tun. Es handelt sich um einen Brief des Führers des Freikorps Lühow, das dem General Watter unterstellt war. Generalfreiherr v. Lühow schrieb am 11. März an General Watter aus Remscheid folgenden Brief:

Sehr verehrte Excellenz! Die Aktion muß und wird spätestens zum 15. des Monats vor sich gehen. Das Freikorps Lühow ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich. Ein Abtransport aus dem Rheinland muß von Ihnen sofort befohlen werden, und zwar ohne Rücksicht auf sonstige Beschäftigungen und ohne vorheriges Zutrittsgewissen mit dem Reichswehrkommando I und dem Reichswehrministerium, da sonst viel Zeit verloren wird und Genuschung durch obige Stellen fraglich ist.

Gen.: Freiherr Lühow, Major und Kommandeur.
Das Freikorps Lühow konnte nur deshalb nicht nach Berlin verladen werden und an der Aktion teilnehmen, weil sich die Ereignisse überstürzten und der Putsch selber ausbrach als gedacht war. Das wesentliche aber ist, daß dieser Brief ein deutliches Beweist, wie General Watter von dem Unternehmen Kenntnis hatte.

Wieder eine Watter'sche Schwindelmeldung.

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Sonderberichterstatter der Freiheit meldet aus dem Ruhrrevier: Wie leicht einwandfrei festgestellt ist, ist die von Münster aus verbreitete Meldung, daß die U. S. P. in Duisburg den bekannten Sifferus um Einmarsch der Reichswehr in Duisburg unterschrieben habe, Schwindel. Sowohl der Kreisvorsitzende der U. S. P. als auch der Parteisekretär haben erklärt, daß sie diesem Telegramm völlig fernstehen und niemals ihre Unterschrift dazu gegeben haben.

Die englische Besatzungsbehörde hat erklärt, da die Reichswehr gegenwärtig stillstehe, sei keine Notwendigkeit für den Transport von Flüchtlingen in das besetzte Gebiet vorhanden. Gegen den Einzelbericht von Flüchtlingen habe sie aber auch jetzt nichts einzuwenden, wie sie auch große Transporte wieder gestatten werde, sobald die Reichswehr ihren Vormarsch fortsetzen sollte.

Die englische Note an Frankreich.

London, 10. April. Times meldet, daß die gestern der französischen Regierung übermittelte britische Note über den französischen Vormarsch in Deutschland in energischerem Tone abgefaßt ist. Die Note erklärt, daß das Verhalten Frankreichs eine ernste Streitfrage im Zusammenhang mit der Durchführung des Friedensvertrages aufwirft, die kaum anders behandelt werden kann als durch eine übereinstimmende Aktion der Alliierten. Es sei klar, daß es ein Problem von solcher Größe sei, daß keiner der Alliierten in der Lage sein würde, mit ihm allein gegen ein wiedererstehendes Deutschland fertig zu werden. Die Note weist den britischen Botschafter in Paris an, an keiner Konferenz der Vorkonferenz teilzunehmen, in der Fragen, die den deutschen Friedensvertrag betreffen, zur Beratung kommen, wenn Frankreich nicht die Versicherung gibt, daß es in Zukunft mit den Alliierten gemeinsam handeln wird.

Zürich, 12. April. Die Waller Nationalzeitung meldet aus Paris: Die englische Note an Frankreich werde wahrscheinlich niemals veröffentlicht werden; sie sei in Wirklichkeit viel schärfer gefaßt, als der Londoner Auszug habe, vermuten lassen. Auch die Antwortnote Millerands werde möglicherweise nicht bekannt gegeben.

Frankreichs Antwort.

Paris, 10. April. Wie das Echo de Paris meldet, versichert die Antwort Millerands auf die englische Note die Ergebenheit Frankreichs seinen Verbündeten gegenüber und erklärt, Frankreich habe niemals die Absicht gehabt und werde niemals daran denken, sich von seinen Verbündeten zu trennen. Es hoffe, daß der Vertrag von Versailles so schnell wie möglich ausgeführt werde.

Rückzug Frankreichs?

Zu Rom, 12. April. Unter dem Titel „Die Agonie der englisch-französischen Allianz“ berichtet der Pariser Vertreter der „Idea Nazionale“ über die hochkritische Nervosität und Besorgnis der französischen Kreise und ihren Groll gegen England. Die englische Regierung und Presse, schreibt der Berichterstatter der „Idea Nazionale“, haben Frankreich bis Sonnabend eingehalten und es dann plötzlich vor die Wirklichkeit gestellt, die keinen Ausweg läßt.

Frankreich ist aufs schwerste getroffen und zählt heute erlitterten Herzens die infolge seiner blinden egoistischen Politik verlorenen Freunde. Millerand sei bereit, die Truppen zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß das Ruhegebiet geräumt werde.

Ausdehnung der französischen Besetzung?

Frankfurt a. M., 10. April. Die Meldungen häufen sich, wonach die Franzosen auch die Besetzung von Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe vorbereiten. Die hessische Stadt Bad Nauheim, aus der auf Verlangen der Franzosen, wie schon gemeldet, die Reichswehr vor einigen Tagen zurückgezogen wurde, ist nunmehr von zwei französischen Kompanien besetzt worden. Das Reichswehrregiment 85, das zunächst nach Alschaffenburg verlegt war, soll nunmehr nach Bad Orb weitertransportiert werden, da die Franzosen anscheinend Alschaffenburg besetzen wollen. Die Franzosen ziehen in der Pfalz weitere Truppen zusammen. Der Zweck der Operation soll angeblich die Trennung Norddeutschlands von Süddeutschland sein. Französische Patrouillen sind gestern abend bereits bis in die Gegend von Miesem gestreift. Ferner wird berichtet, daß die Franzosen gestern 500 Mann der bei der Besetzung Frankfurts festgenommenen Abteilung der Sicherheitswehr unter starker Bedeckung als fürmlische Kriegsgefangene in das Lager Griesheim abgeführt haben. Sie haben der Stadt Frankfurt eine Kontribution von zehn Fahrvähern, zehn Revolvern und 10 000 Goldmark auferlegt.

Belgische Besatzungstruppen im Anmarsch.

Paris, 12. April. Der Berichterstatter des Intransigent meldet aus Paris vom Sonntag: 500 Mann belgische Truppen werden heute Arlon verlassen, um sich nach Mainz zu begeben. Von dort würden sie nach den besetzten Städten gebracht.

Die Lage in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 12. April. Bei den Vorkommnissen am 7. April ist auch ein britischer Staatsangehöriger von der Werra tödlich angegriffen und ihm ein kinematographischer Aufnahmeapparat zerstört worden. Regierungspräsident Cohnmann und Oberbürgermeister Polat haben dem britischen Generalkonsul ihr lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Die Stadt wird voraussichtlich außerdem genötigt sein, entsprechende Entschädigungen zu leisten. Es soll deshalb erneut das Ersuchen an die Besatzungsbehörde gerichtet werden, sich künftig jeder aggressiven Stellungnahme zu enthalten. — Der gestrige Sonntag ist ruhig verlaufen.

Die Berliner Kommunisten für die Wahlbeteiligung.

Berlin, 12. April. Die Mitgliederversammlung der Grobberliner Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat beschlossen, daß die Partei sich an den kommenden Wahlen beteiligen soll. Der Wahlkampf soll gegen die Demokratie und für die Rätediktatur geführt werden.

Deutsch-russische Verhandlungen über Wirtschaftsverträge.

Berlin, 12. April. Wie dem Berliner Tageblatt aus Stockholm gemeldet wird, begibt sich der in Kopenhagen weilende russische Unterhändler Krainin in dieser Woche nach Berlin, um die deutsch-russischen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen.

Allgemeiner Eisenbahnerstreik in Amerika?

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Amerika scheint es zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik gekommen zu sein. Eine Neutermeldung spricht zwar nur von einer wilden Streikbewegung der Weichensteller.

Folgeschwere Explosionskatastrophe.

Königsberg i. Pr., 10. April. Eine entsetzliche Explosionskatastrophe ereignete sich Sonnabendmittag gegen 12 Uhr. In den großen Munitionsdepot Rothstein-Nummern war ein Schuppen mit Munition in die Luft geflogen. Etwa 20 weitere Explosionen folgten. Ungeheure Rauch- und Wasserdampfsäulen stiegen von der Unfallstätte auf. Zu der Luft explodierten Granaten und Schrapnell weiter und richteten schweren Schaden unter den Einwohnern und an den Säulern der Umgebung an. Die gesamte Königsberger Feuerwehr und das Sanitätspersonal sind nach der Unfallstelle unterwegs. Man schätzt die Zahl der Toten und Verwundeten auf mehrere hundert Personen.

Die Vorbereitung des neuen Militärputsches.

Daß die militärisch-junkerliche Gegenrevolution mit der Niederlage des Rapp-Putsches durchaus noch nicht als endgültig erledigt gelten darf, haben wir schon gleich nach dem Zusammenbruch des Staatsreichs betont, und daß die Vorbereitungen für eine Wiederholung des Angriffs gegen die Republik solange gegeben sind, als die Reichswehr weiter in der Hand reaktionärer Offiziere bleibt, Zeitfreiwillige und andre gegenrevolutionäre Formationen nicht aufgelöst sind und namentlich die zweideutigen Gestalten, die in den Kapptagen erst nach längerem Schwanken ihre Verfassungstreue wieder entdecken, nicht rücksichtslos über die Klinge haben springen müssen — und wir sehen selbst noch solche Offiziere im Amt, die sich offen für Rapp erklärt haben und verfassungstreue Soldaten maßregeln — das brauchen wir wahrhaftig nicht weiter auseinanderzusehen. Die Schwäche, die die Regierung und insbesondere das Reichswehrministerium zeigt in der Verfolgung der gegenrevolutionären Führer in der Reichswehr, muß natürlich diese Herrschaften ermuntern, den Faden gleich dort wieder anzuknüpfen, wo er in den Märztagen von der kämpfenden Arbeiterschaft zerissen wurde. Es ist ja bemerkenswert, daß noch keiner von den Machern des Rapp-Putsches erwischt worden ist. Man hat sie entkommen lassen und sieht sich anscheinend außerstande, sie festzunehmen, obgleich ihr Aufenthalt schon ein öffentliches Geheimnis ist. Die Freiheit zieht jetzt den Schleier von diesen Dingen. Sie stellt fest, daß Lüttwitz und sein Adjunkt Bischoff in schönen Vorposten bereits in aller Ruhe dabei sind, den nächsten Putsch zu organisieren. Die Mitteilungen lauten:

Die beiden wichtigsten Organisatoren des Rapp-Putsches, der General von Lüttwitz und Oberst Bischoff, die durch den Reichsanwalt mit Haftbefehl und Steckbrief verfolgt werden, halten sich in voller Sicherheit im Kreise Franzburg im vorpommerischen Regierungsbezirk Stralsund auf. Lüttwitz hat dort die Fäden einer über das ganze Reich ausgebreiteten neuen konterrevolutionären Organisation in der Hand, während Bischoff als der befähigteste Organisator der Putschisten auf seinen Reisen über das ganze Reich den Ausbau der Organisationen vollzieht. So wird nicht nur im Kreise Franzburg und im Regierungsbezirk Stralsund eine bewaffnete Macht für die Zwecke der Konterrevolution geschaffen, so sind nicht nur in Greifswald bereits mehr als 500 Studenten bewaffnet, so sind auch die gesamten Truppenorganisationen der Reichswehr in allerengster Beziehung mit dieser Zentrale der Konterrevolution.

Die preussische Regierung hat von allen diesen Vorgängen seit mehr als acht Tagen eingehende Kenntnis. Sowohl der Regierungspräsident von Stralsund als auch der Landrat des Kreises Franzburg haben dem Ministerpräsidenten Braun vor einer Woche in Berlin eingehenden Vortrag über die drohende Gefahr gehalten. Herr Braun hat die Zusicherung gegeben, daß er unter Androhung seines Rücktritts von der Reichsregierung sofortige energische Maßnahmen verlangen wird. Trotzdem ist bisher nicht das geringste geschehen. Oberst Bischoff bewegt sich noch immer frei im ganzen Reich und Lüttwitz sieht ungefährdet auf den Gütern des Kreises Franzburg. Die zuverlässigen republikanischen Sicherheits- und Militärorgane sind vor den Verfolgungen der Konterrevolutionäre dort oben nicht mehr sicher. Fast alltäglich gelangen nach Berlin neue Beschwerden, die selbstverständlich auch der preussischen und der Reichsregierung bekannt geworden sein müssen. Trotz alledem ist bisher nichts getan, um der Hochverräter habhaft zu werden.

Diese gravierenden Angaben werden von keiner Seite bestritten. Die offiziellen P. S. N. haben daran nur bemängeln können, daß über den Aufenthalt von Lüttwitz nur unverbürgte Gerüchte vorlägen. Alles übrige bestätigen sie und fügen noch hinzu, daß am Karfreitag der Regierungspräsident von Stralsund, der Landrat des Kreises Franzburg und der Staatskommissar für Mecklenburg, Vizegouverneur Krüger, beim preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen sind und ihm Meldungen über die Vorgänge gemacht haben. Der preussische Ministerpräsident habe daraufhin diese Nachrichten sofort an die ausländischen Instanzen des Reichs weiter geleitet, die alsbald einen Bericht über die bisher getroffenen Schritte veröffentlichten werden. Die

preussische Staatsregierung hat dem Vorwärts auf Anfrage mitgeteilt, daß der Staatskommissar für öffentliche Ordnung bereits seit zehn Tagen die „gründlichste Untersuchung“ der Angelegenheit, der er „die größte Wichtigkeit beilegt“, in die Wege geleitet und „alle Anordnungen getroffen“ hat, die der Beobachtung und Verhinderung irgendwelcher reaktionärer Putschs in Pommern dienen können.

Diese Äußerungen machen den Eindruck der vollendeten Hilflosigkeit der Regierung. Weshalb wird hier nicht mit starker Hand zugegriffen? Weshalb ist Herr Bischoff nicht längst verhaftet und v. Lüttich aufgespiert? Die Freiheit stellt fest, daß die Mitteilungen über seinen Aufenthalt auf den Gütern des Kreises Franzburg mehr als Gerüchte sind, daß sie von den höchsten Verwaltungsbeamten Pommerns und auch von dortigen Offizieren bestätigt werden. Es läge also näher, als sofort die Gegend durch zuverlässige Truppen oder Sicherheitswehren abstreifen zu lassen. Aber dazu fehlt es anscheinend dem nötigsten. Die Regierung hat die Reichswehr offenbar nur dann in der Hand, wenn sie gegen die Arbeiterschaft marschieren soll. Sobald ein Vorgehen gegen rechts in Frage kommt, versagt das famose Instrument augenscheinlich. Die Iphenitz und Köckeritz, die das Heer der deutschen Republik in der Hand haben, sind natürlich nicht dazu zu gebrauchen, gegen ihre Rastgenossen Lüttich und Konsorten loszuschlagen. So begnügt sich denn die hilflose Regierung mit den Maßnahmen ihres neuen Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit, des Ersten Staatsanwalts Weismann, was selbst den Vorwärts nicht befriedigen kann. Er weist darauf hin, daß die Verschweigung dieser Vorgänge durch das Staatskommissariat ein bedenkliches Verfahren ist, das schon vor dem Rapp-Putsch geübt wurde und bereits damals sich als schwerer Fehler erwiesen hat. Bewunderlich ist das weiter nicht, der Herr von Berger, der Vorgänger des Herrn Weismann, hatte natürlich vielzuviel Sympathie für die Rapp und Lüttich, um sie vor der Öffentlichkeit zu kompromittieren. Und Herr Weismann erscheint uns in dieser Beziehung durchaus nicht zuverlässiger. Der Herr hat sich sehr eifrig gezeigt, die verlogenen Darstellungen der militärischen Nachrichtenstelle zu Münster über die Vorgänge im Ruhrgebiet zu verbreiten. Wenn es gilt, die Öffentlichkeit gegen die Arbeiter einzunehmen, dann ist der Herr sofort bereit, sie zu alarmieren. Aber wenn es sich um gegenrevolutionäre Treiberernte handelt, so zieht er es vor, das deutsche Volk nicht zu beunruhigen. Die Rapp und Lüttich haben von diesem famosen Kommissar für die öffentliche Sicherheit offenbar wenig zu befürchten.

Sie arbeiten denn auch, wie weitere Meldungen zeigen, mit der größten Ungeniertheit drauflos. Der Vorwärts weiß zu melden, daß Oberst Bischoff sogar die Freiheit hatte, durch zwei Mittelsmänner mit den Gewerkschaften in Verbindung zu suchen, wobei er natürlich glatt abgeblüht sei. Wie die pommerschen Junker für die Sicherheit der Putschmacher sorgen, zeigt eine weitere Meldung der Freiheit, wonach am 2. Osterfesttag auf dem Gute Neuhof, bei Herr von Kruse, nach Lüttich geschah. Man fand ihn nicht, stellte aber fest, daß sich 40 andere Offiziere dort befanden, die einen ständigen Kurierdienst nach allen Teilen des Reichs unterhalten und planmäßig eine neue Gegenrevolution vorbereiten. Die Gutsangestellten sind durch größere Geldsummen gekauft worden. Sie überwachen den Verkehr und geben Signale, wenn Gefahr im Verzuge ist.

Dieses Pommern ist für die monarchistischen Gegenrevolutionäre ein wahres Paradies geworden. Kein adliger Hochverräter läuft dort Gefahr, auf der Flucht erschossen zu werden. Er kommt gar nicht erst in die Verlegenheit, fliehen zu müssen, weil kein Mensch in Pommern ernsthaft an ihre Verhaftung denkt.

Der Vorwärts bringt ein andres Beispiels, folgendes Schreiben, das an einen Leutnant v. W. in Potsdam gerichtet wurde:

Großlogitten, den 25. März 1920.

Sehr geehrter Kamerad!

Nach Rücksprache mit dem Kommandeur der Abteilung Deutschmeier kann ich Ihnen mitteilen, daß Sie und Ihre Freunde bei der Abstellung eingestellt werden können unter der Bedingung, daß Sie sich zu unbedingtem Gehorsam dem Kommandeur gegenüber verpflichten. Vorläufig können Sie noch in keine Führerrolle eingereiht werden, da dieselben besetzt sind, jedoch wird es durch Werbungen, die stattfinden, möglich sein, Sie sobald als irgendmöglich in eine Führerrolle einzureihen. Es liegt also in Ihrem eigenen Interesse, möglichst viele zuverlässige Leute anzuwerben zu Reichswehrzwecken, jedoch möglichst keine Charakteren, Waffengattung einzell, Radfahrer, Feldartillerie, M.-G., M.-W. und Kav. Bringen Sie also eine stattliche Anzahl Leute mit. Um Ihnen die Fahrt zu verbilligen, schlage ich vor, bei bekannten Offizieren sich Fahrtausweise für die Leute geben zu lassen. Für Sie beide lege ich zwei Fahrtausweise bei, ebenso Urlaubsscheine. Nehmen Sie bitte so wenig wie möglich Gepäck mit sich, einen Zivilanzug auf die Reise und eine Uniform und 3 bis 4 Garnituren Wäsche. Von Königsberg aus fahren Sie nach Ruitz, das ist eine Bahnstation vor Labiau, dort fragen Sie nach Großlogitten, welches 8 Minuten weg liegt. Dort Meldung bei Leutnant Meyer im Wirtshaus. Die Daten in den Urlaubsscheinen selbst ausfüllen! Ebenso die Fahrtausweise und Urlaubsscheine für die Leute, welche Sie mitbringen. Den Alex Bulz nicht mitbringen, da Truppe antisemitisch ist und Herr Bulz ein Israelit zu sein scheint.

Mit bestem Gruß

Fränkel, Leutnant in der Abtlg. Deutschmeister
Großlogitten, Kreis Labiau (Ostpr.)

Der dem Schreiben beiliegende Ausweis sowie der Urlaubsschein sind fälschlicherweise für die Unteroffiziere W. und A., die tatsächlich Offiziere sind, ausgestellt und von Hauptmann und Korpsführer Meyer unterzeichnet. Als Zweck der Reise wird Urlaub angegeben, während es sich in Wirklichkeit um Einreihung in einen Truppenbestand handelt. Zwei weitere Ausweise für Mannschaften sind dünn mit Bleistift ausgefüllt, so daß sie von Leutnant v. W. für ihre Zwecke leicht abgeändert werden können. Wie aus dem Schreiben hervorgeht wird Leutnant v. W. aufgefordert, sich von bekannten Offizieren die nötige Anzahl von Mannschaften ausstellen zu lassen. Das alles beweist, daß hier auf illegalem Wege und heimlich Truppenbestände und Mannschaften angeworben werden. Zu welchem Zweck, läßt sich denken.

Zu diesen pommerschen Affären kommen andere Anzeichen, die da zeigen, daß die Gegenrevolution ihr Spiel noch lange nicht aufgegeben hat. In Bayern, wo ja schon der Sturz des Ministeriums Hoffmann, wie wir damals gesagt haben, einen stark konterrevolutionären putschistischen Charakter trug, bildet sich ein neues Zentrum der Gegenrevolution. Die bayerische Regierung, bekanntlich ein rein bürgerliches Kabinett, benutzt die durch den Friedensvertrag und die neuere Forderung der Mittern erzwungene Anordnung der Reichsregierung auf Auflösung der Einwohnerwehren, um gegenrevolutionäre putschistische Proben auszuführen.

Der Ministerpräsident v. Rahe erklärte nach einer Münchener Ausgabe des Vol.-Anz., daß er mit der Einwohnerwehre stehe und seine für ihn gäbe es kein Verhandeln. Der Handelsminister Damm (der Freitag beim Reichspräsidenten war) ist beauftragt, dies in Berlin mitzuteilen. Damm werde seinen Standpunkt wahren, selbst auf die Gefahr eines Risses hin. (1) In einer Versammlung der Einwohnerwehre in Pfaffenfeldbruck bei München erklärte Oberleutnant Wörner: Wir geben die Gewehre nicht her, auch dem Teufel nicht. Und will sie der Franzose, er komme und hole sie! Kreisoberhauptmann von Oberbayern, Generalleutnant Jochim, schloß mit den Worten: Die Auflösung der Einwohnerwehre wäre Selbstmord.

Der Münchener Polizeipräsident, der dem Ministerpräsidenten v. Rahe nahe steht, hat ein gemeinsames Beschlußblatt des „Ordnungsblocks“ anfragen lassen, ein Gegenplakat des Bürgerblocks aber verboten. Die Demokraten forderten seinen Rücktritt und drohen mit Austritt aus dem Kabinett.

Eine gewisse Unterstützung erfährt diese bayerische Fronde durch eine Konferenz der süddeutschen Regierungen in Stuttgart, über die Wolffs Bureau berichtet:

Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Bloß nahmen die Regierungen Bayerns, Sachsen, Württemberg, Baden und Pfalzens einstimmig gegen die französische Note Stellung, welche die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt. Diese sind als Schutz gegen Ausschreitungen und Verbrechen aller Art aufgestellt worden. Die versammelten Regierungen erklärten die Auflösung für unmöglich, da diese für erhebliche Teile Deutschlands gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung sei. Die Staatsregierungen verlangten von der Reichsregierung, daß diese erneut mit dem Obersten Rat der Gesamten in Verhandlungen eintritt, um den Fortbestand der Einwohnerwehren zu sichern. Die Konferenz kam ferner nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige politische Lage zu folgendem Ergebnis: Die in Stuttgart vertretenen Regierungen protestieren gegen die neuerdings erfolgte feindliche Besetzung der Bezirke Frankfurt a. M. und Darmstadt, die weder durch das Abkommen von Versailles noch durch den Friedensvertrag gerechtfertigt ist. Die Regierungen erklären, daß sie allen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wahrung der Reichsinteressen zustimmen und jeden Versuch, Süddeutschland vom Reich zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Beschlüsse der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage verlangen die vertretenen Regierungen, daß streng der Reichsverfassung gemäß verfahren wird; jede Zentralisation, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, ist eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen nur entschieden warnen können.

Der Vorwärts selbst muß die Ausföhrlosigkeit neuer Verhandlungen betonen, die auch den süddeutschen Ministern hätten klar sein müssen. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie sucht sich mit der ausschließlichen Betonung der Reichsfronte in der Erklärung zu trösten. Was es damit auf sich hat, zeigt die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten, daß er eher einen Riß (in der Reichseinheit) als die Aufhebung der Einwohnerwehren hinnehmen werde. Die Bloß, Weiß, Ulrich, Grabauer, die rechtssozialistischen Vertreter Badens, Württembergs, Pfalzens und Sachsens haben durch ihre Beteiligung an der Kundgebung eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sie sind es, die den Rahe und Konsorten den Weg zu ihren gegenrevolutionären Zielen ebneten.

Ueber die Zuverlässigkeit der Reichswehr spricht noch eine Meldung Bände, die dem Leipziger Tageblatt aus Berlin zugeht. Danach hat sich Kapitänleutnant Ehrhardt, der Führer der bekannten Marine-Brigade, vor seiner Abreise nach dem Ministerlager, wo er zum Chef des Aufstellungs-Kommandos ernannt wurde, im Reichswehr-Kommando und bei der Admiralität verabshiedet. Hierbei besand er sich in Begleitung einiger seiner Offiziere, da er anscheinend seine Verfassung beschwore. Die Abschiedsbesuche verließen aber ohne jeden Zwischenfall. Es scheint, als ob die ihn bedenkende Partei im Reichswehrministerium augenblicklich die stärkere ist.

Als ein offener Hochverräter macht Abschiedsbesuche bei den höchsten militärischen Stellen und ist Kommandant eines Aufstellungs-Kommandos! Das nennt der neue Reichswehrminister Geßler die „rückwärtslose Verstrafung der Schuldigen“ am Rapp-Putsch und „grundliche Säuberung“ der Reichswehr von allen offen gegenrevolutionären und unzuverlässigen Offizieren!

Ein Erfolg neudeutscher Politik.

Wir lesen in den Leipziger Neuesten Nachrichten:
Starke Arbeiterabwanderung aus dem Ruhrgebiet.
Eine besondere Gefahr scheint die starke Abwanderung der Fabrik- und Bergarbeiter zu bedeuten, denen von den Franzosen goldene Berge versprochen werden, um sie nach Frankreich hinüberzuführen. Die Reichsregierung hat bereits das Erforderliche veranlaßt, um diesen Werbungen entgegenzutreten und die Abführung der Arbeiter, die im Ruhrgebiet dringend gebraucht werden, zu veranlassen.

Besser als durch diese Notiz kann das sinnlose Herumschwärzen, kapitalistische Wirtschaftssystem wieder aufzubauen und zu festigen, zeichnet werden. Man verzeihenwärtige sich nur folgendes: Nach der November-Revolution forderten die Arbeiter, besonders auch die Bergleute im Westen, förmlich die Sozialisierung, vor allem des Bergbaues. Die Regierung verhielt sich nicht abnehmend. Als die Arbeiter darauf zu großen Massenstreiks griffen, verkündete die Regierung in ihrer Angst, sie wolle sozialisieren. Unter dem Druck des Unternehmensdachte sie aber nicht daran, sozialistische Maßnahmen zu ergreifen, sondern arbeitete nach Kräften mit, um das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder aufzubauen und zu befestigen. Neue Versuche der Arbeiter, ihre Forderungen durchzusetzen, wurden mit allen Gewaltmitteln niedergeschlagen. Widerwillig beugten sich die Arbeiter unter das kapitalistische Joch. Langsam kam das Wirtschaftsgetriebe wieder in Gang. Der Rapp-Putsch war alles wieder über den Haufen. Mit den übrigen deutschen Arbeitern setzte nun ganz besonders auch die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets ihre ganze Kraft ein und rettete damit das Regierungssystem. Damit aber nicht zufrieden, kämpfte die Arbeiterchaft weiter, um den Militarismus niederzuringen, der sich soeben wieder als schärfster Gegner der Arbeiterchaft und der Demokratie erwiesene hat. Und die demokratische Regierung, die ihre Existenz nur der Arbeiterchaft verdankt, ließ die nachschauenden Militaristen auf die Arbeiter im Ruhrgebiet los. Werdend fiel die Soldateska über die Arbeiter her und trieb sie zu Tausenden fort. Und nun kommt die Regierung und sucht nach Mitteln und Wegen, um die von ihren militaristischen Helfern vertriebenen Arbeiter zurückzuholen, weil sie ja im Industriegebiet so dringend gebraucht werden. Leider sagt die Meldung der N. N. nicht, worin „das Erforderliche“ besteht, das die Regierung bereits „veranlaßt“ hat. Jetzt fähle es nur noch, daß die Regierungsmänner in Berlin das französische Militär, das ihnen in Hessen so ungenau ist, um Hilfe anrufen, damit es ihnen die ent-

lohene Ruhrbergleute wieder zutreibt. Mit weniger Verständnis kann wohl nicht gut „regiert“ werden.

Der Reichskommissar Severing hat gemeinsam mit dem General v. Watter folgenden

Aufruf an die geschickten Arbeiter

erlassen:

Nach Mitteilung mehrerer Behörden haben Tausende von Arbeitern die vom Militär besetzten Teile des Ruhrgebietes verlassen, um sich ins Bergische Land zu begeben. Sie begründen den Fortzug mit der Notwendigkeit, sich vor den Truppen schützen zu müssen. Hierzu muß erklärt werden: Die Truppe kommt zum Schutz aller Güter und nicht zum Schutz der einzelnen Arbeiter. Sie wird nicht zum Schutz der einzelnen Arbeiter eingesetzt, sondern nur gegen diejenigen vorgehen, die für die Sicherung der eben hergestellten Ruhe und Ordnung eine Gefahr bedeuten. Die Arbeiterung und alle ihre Organe, Truppen und Polizei, werden gegen die verantwortlichen Arbeiter und gewissenlosen Führer eingeschaltet. Sie sollen aber Wert darauf setzen, die Arbeiterchaft nicht in die Hände der Unterdrückung zu geben. Die Truppe kommt nicht als Räuberin. Sie kommt lediglich um Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen. Wer nach dieser Zeit der Unruhe aus christlicher Überzeugung seine Absicht, an ungesetzlichen Wegen etwas zu erreichen, erhebt und sich zu keiner bürgerlichen Arbeiterschaft wieder begeben will, wird von der Truppe und Polizei in keiner Weise gehindert werden. Am Interesse der Arbeiterchaft und der Arbeiterchaft liegt es, daß sie in das Bergische Land Gerechtigkeit zu ihren Arbeitsstellen zurückkehren.

Mit diesem Aufruf dürfte die Regierung kaum den erhofften Erfolg haben, denn der Arbeiterchaft werden keinerlei Garantien dafür gegeben, daß die gemachten Versprechungen auch tatsächlich gehalten werden. Selbst wenn die Regierung die Absicht hat, das Versprechen auch zu halten, hat sie doch, wie die ganzen Vorgänge im Ruhrgebiet beweisen, gar nicht die Macht, ihren Willen gegenüber den militärischen Machthabern durchzusetzen. Die Nachrichten aus dem Industriegebiet beweisen mit aller Deutlichkeit, daß sich das Militär in keiner Weise an die getroffenen Abmachungen hält. Die Reichswehr fährt fort, die Arbeiterchaft in der brutalsten Weise zu tyrannisieren. Fortgesetzt wird über neue Ausschreitungen, über Mißhandlungen und Erschießungen von Arbeitern berichtet. Die Standgerichte sind noch nicht aufgehoben worden, sondern über ihre Tätigkeit weiter aus. Ebenso ist die Amnestie, die allen, die bis zum 2. April die Waffen niedergelegt haben, versprochen worden ist, noch nicht erlassen worden. Auch sonst fällt man sich in keiner Weise an das Bielefelder Abkommen. An die Errichtung der Ortswehren wird nicht mehr gedacht. Die verächtliche „grüne“ Sicherheitspolizei soll auch weiterhin den Sicherheitsdienst ausüben. Den Arbeitern will man anerkennen lassen in diese Organisation einzutreten. So zeigt es sich überall, daß die Regierung entweder gar nicht den Willen oder nicht die Macht hat, die Einhaltung getroffener Vereinbarungen und gegebene Versprechungen durchzusetzen. Unter diesen Umständen werden auch die neueren Versprechungen der Regierung auf die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes nicht die gewünschte Wirkung haben, spricht doch der Aufruf auch nicht einmal von der Gewährung einer Amnestie. Wenn die Regierung wirklich Ruhe und Ordnung schaffen will, wenn sie erreichen will, daß die Volkswirtschaft wieder belebt und die Produktion gesteigert wird, muß sie vor allem dafür sorgen, daß die weißen Gardien aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen werden. Sie muß ferner endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, damit die Auflösung der gegenrevolutionären Formationen erfolgt und die übrigen Forderungen der organisierten Arbeiterchaft, deren Berechtigung die Regierung anerkannt hat, erfüllt werden.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Bereits im Artikel 106 der Reichsverfassung vom August 1919 war die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit statuiert. Herr Kossel hat sich während seiner Amtszeit, geleitet durch die Sammelkraft oder Nachlässigkeit der Nationalversammlung, nicht bemüht, diese Aufhebung in die Tat umzusetzen. In seinen Worten, haben die zahlreichen Schandprozesse vor Militärgerichten während seiner Amtszeit als Reichswehrrichter und deren noch schandbareren Urteile bewiesen. Herr Kossel hat mehr Intelligenz bewiesen als sein Vorgänger und bereits unter dem 28. März der Nationalversammlung den lang verschobenen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit übermittelt, der den Abgeordneten am 8. April zugestellt wurde. Der grundlegende Artikel 1 hat folgenden Wortlaut:

Die Militärgerichtsbarkeit wird, abgesehen von den Strafverfahren in Kriegszeiten und gegen die an Bord von Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Reichsmarine, aufgehoben. Artikel II, § 8 steht an die Stelle der Militärgerichte die bürgerlichen Gerichte und lautet:
Auf die bisher der Militärgerichtsbarkeit unterworfenen Personen finden, soweit dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt, die allgemein gültigen Vorschriften über die Zuständigkeit der Gerichte und das Strafverfahren Anwendung.
Der Entwurf ist zwar mit unerheblichen Mängeln belastet, die unbedingt ausgemerzt werden müssen, entspricht aber grundsätzlich der Verfassung, die keine Sondergerichtsbarkeit kennt.

Heraus mit dem Reichs-Eisenbahn-Vertrag!

Der Reichsverkehrsminister Vell hat bekanntlich, oder besser gesagt — wie in den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit bisher noch unbekannt ist — der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die „Verkehrliche“ der Eisenbahnen durchzuführen soll. Dieser Gesetzentwurf, der an dieser Stelle noch ausführlich besprochen werden wird, stellt, wie schon heute gesagt werden kann, eine herabwürdige ungeheuerliche Maßnahme dar, daß er von der Arbeiterchaft aufs schärfste bekämpft werden muß. Die Einzelheiten treten in diesem Staatsvertrage als Kapitalisten auf und etablieren sich für alle Ewigkeit als Rentner des Reiches. Eine Vereinfachung des Verkehrswesens wird aber durch diesen Vertrag nicht erreicht, im Gegenteil, der volle Zusammenbruch unseres Verkehrswesens muß die unabdingbare Folge dieses Vertrages sein. Es ist verständlich, daß Herr Vell ein Interesse daran hat, daß ein solcher Entwurf möglichst bei Kritik der Öffentlichkeit entgehen wird. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs hat deshalb in den sturmbelegten Tagen nach dem Rapp-Putsch in der Nationalversammlung stattgefunden, und nunmehr versucht man im Hinblick den Staatsvertrag ohne Anhörung von wirtschaftlichen und sachmännlichen Vertretern in kürzester Zeit durchzusetzen. Man läßt die Presse nach Möglichkeit über den Entwurf ununterrichtet in der Hoffnung, daß im Augenblick andere Dinge die Aufmerksamkeit zu sehr in Anspruch nehmen, als daß von selbst die Öffentlichkeit ihr Augenmerk auf die Machenschaften des Reichsverkehrsministers richtet. Gegen dies Verfahren muß aufs schärfste Protest erhoben werden. Nicht nur im Interesse des Verkehrs, sondern auch im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft und vor allem der Einheit des Reiches ist es dringend erforderlich, daß dieser Vertrag in aller Öffentlichkeit der weitestgehenden Kritik unterworfen wird.

Die Treiberelen in Wilhelmshaven.

Der Vorwärts hatte berichtet, daß die aus der Schutzhaft entlassenen Marineoffiziere Treiberelen unter ihren Mannschaften begangen hätten, um dadurch neue Unruhen in Wilhelmshaven zu schaffen. Das Reichswehrministerium verzucht, diese Beschuldigungen des Vorwärts zu entkräften. Es erklärt, die Offiziere seien zur Zeit beurlaubt und hätten zum größten Teil Wilhelmshaven verlassen. An eine Wiederentscheidung in ihre Posten könne erst gedacht werden, wenn das Untersuchungsverfahren, das gegen sie schwebt, beendet sei. Die Offiziere entließen sich jeder Einmischung in die militärischen Verhältnisse und hätten keinerlei Einfluß auf die Mannschaften ausgeübt. Trotzdem muß das Reichswehrministerium zugeben, daß aus den Kreisen der Mannschaften Briefe an die Offiziere gerichtet worden sind, um diese zur Übernahme ihrer alten Kommandos aufzufordern. Das Reichswehrministerium wird niemandem im Ernst glauben machen wollen, daß diese Briefe wichtig, nachdem die Offiziere aus der Schutzhaft entlassen sind, aus eigener Initiative der Mannschaften, die sich so selbst gegen die Offiziere aufgelehnt hätten, entstanden sind. Diese Briefe sind im Gegenteil ein Beweis dafür, daß in der Tat die konterrevolutionären Offiziere von neuem versuchen, Unruhe in die Garnison Wilhelmshaven zu tragen und die Herrschaft der Defokoffiziere zu beseligen. Wenn der Reichswehrminister an dieser Stelle nicht endlich Ordnung schafft, so wird er nur erleben, daß von neuem die Mannschaften und die Defokoffiziere sich ihre Rechte selbst sichern.

Zur Auflösung der Einwohnerwehren.

Der Reichsminister des Innern ließ den deutschen Landesregierungen die Note des Generals Nollet mit dem Verlangen der Auflösung der Einwohnerwehren bis zum 10. April mitteilen mit der Aufforderung, ihrem Verlangen zu entsprechen. Die Art, in der das Geheiß, ist geradezu skandalös und beweist, daß die Regierung dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Auflösung dieser realen Formationen — obwohl sie sie versprochen hatte — nicht nachkommen wollte. Wäre sie doch den Landesregierungen mitteilen, sie müsse zu ihrem Bedauern von einem doch ausstehenden Protest gegen das Verlangen der Entente absehen! Im übrigen fordert sie zur Bildung neuer bewaffneter örtlicher Formationen zum Schutze von Leben und Eigentum der Bevölkerung auf, und bemerkt dazu, daß auf eine „erweiterte Fugung aus Kreisen der arbeitenden Bevölkerung“ mehr als bisher Bedacht genommen werden solle. Auch diese Wendung bedeutet eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, der ein ausflagelnder Einfluß auf die Bildung von Ordnungswachen zugesagt worden ist.

Die Arbeiterschaft aller Orten wird scharf auspassen müssen, daß nicht abermals über ihre Köpfe hinweg unter irgendeinem Vorwand die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen sie erfolgt. Von der Kontrolle aber fordern wir mit aller Entschiedenheit, daß sie gegebene Zusagen auch hält.

Den Geistes der Mitglieder der Einwohnerwehren, die sich mit Gewalt deren Auflösung widersetzen möchten, muß die Regierung mit allen Mitteln entgegenzutreten. Schon jetzt macht die Zentrale der Einwohnerwehren scharf gegen ihre Auflösung und versucht zum Widerstand aufzugehen. So läßt sie nach einem Bericht der Post in einer Denkschrift erklären:

„Sollte die Entente auf ihrem Standpunkt beharren, so wäre es nur denkbar, daß an dem festgesetzten Termin ostwärts die Dienststellung der einzelnen Wehren erfolgt. Man ist sich jedoch über die Schwierigkeiten der Auflösung, namentlich der großen Wehren an zuständiger Stelle durchaus klar. Die Stimmung in einzelnen Einwohnerwehren ist eine sehr gereizte und es hat den Anschein, als ob sich dem Verlangen nach Auflösung der Waffen vernünftige Widerstände entgegenstellen werden.“

Der Zentrale für Einwohnerwehren muß sofort eine Kontrolle übergeben werden, die ihr die Propagierung von Anfechtungen gleich den in ihrer Denkschrift ausgesprochenen gründlich umhüllt macht. Von welchem Geiste sie befeuert ist, hat ihre unklare, schwankende Haltung zu Beginn des Kampfes klar und deutlich erwiesen. Deshalb so schnell als möglich fort mit ihr!

„Herzogtum Ostpreußen.“

Wir brachten kürzlich eine Zuschrift aus Ostpreußen, in der das Treiben der schwarz-weißen Militärs und der deutschen Beamtenherrschaft gedehnt und gekennzeichnet wurde. Dazu wurde berichtet, daß Ostpreußen sich seit einer zweiten Wende für die Republik, zu einer selbständigen Juntermonarchie werden könne. In ihrer Nummer vom 9. April veröffentlicht die Zeitung „Wolfszeitung“ den Brief eines bürgerlichen Fischereibesizers aus Hirtelinden in Ostpreußen an den Reichswehrminister, der die Schilderung unseres Mitarbeiters durchaus bestätigt. Der Briefschreiber spricht vom faulen, schwelgereichen und ausschweifenden Leben der „Lauden“ von Baltikumern. Die Zeit in Ostpreußen die Bevölkerung vorantreiben und sagt dann:

„Während das Volk arbeitet, dacht, wart, führen die schwarz-weißen Militärs ein Leben und Vordereben. Und die Regierung nährt und läßt solches Drogenmum weiter; wo sie das nicht tut, bringen die Schutztruppe dieser herrlichen Truppe ein, die Großgrundbesitzer und ihr Anhang. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Herr v. Batocki-Bledau, Graf Bülow v. Dennewitz u. a. große Summen aus ihren durch den Krieg gefüllten Geldkassen liehen lassen.“

Ich halte es für dringend notwendig, daß das Reichswehrministerium diesen heillosen Zustand ein Ende macht, sonst können wir noch etwas erleben. Das „Herzogtum Ostpreußen“ muß selbst in Bawern aufgehen. Weisheit ist ihnen nicht bekannt, daß hier überall in Gütern und Dörfern Waffentlager existieren, die von jenen Protektoren angebracht worden sind. Willst, wie ich höre; Jagen kann ich nennen.“

Das Reichswehrministerium hat zur Zeit Wichtigeres zu tun, als diesen Angaben nachzugehen. Es muß mit Hilfe von Angehörigen derselben Truppengattung, die jetzt in Ostpreußen ihr Überleben der monarchistischen Propaganda führt, die revolutionären Arbeiter des Ruhrreviers zu Boden knüeten lassen, Inzwischen aber sammeln sich die Reaktionen im Wasserloch auf Rollen der Steuerzahler erneut zum monarchistischen Schlag, der ihnen die Herrschaft über die Republik und damit ihre Vernichtung ermöglichen soll!

Die Internationale des Säbels.

Wie wir dem Hauptunternehmerblatt am Rhein, der Rheinischen Zeitung entnehmen, hat die Westminster Gazette in London am 6. d. M. den Vorschlag veröffentlicht und erörtert, daß eine Truppeneinmischung der Verbündeten sich mit der Reichswehr vereinigen sollte, um gemeinsam die Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Gäbe es schon einen Völkerverbund, dann würde er die Sache in die Hand nehmen müssen.

Die Westminster Gazette war während des Aquil-Krieges in England hochoffizielles Organ der Londoner Regierung. Auch unter der letzten Vera Lloyd Georges wird sie noch gern von einflussreichen Persönlichkeiten des Kabinetts zur Vancierung bestimmter Wünsche benutzt. Dem Vorschlag des Blattes kommt also wahrscheinlich eine besondere Bedeutung als ein politischer Versuchsballon der englischen Bourgeoisregierung zu.

Dem überall sich erhebenden Proletariat soll also die Internationale des Säbels und der gepanzerten Bourgeoisie entgegengesetzt werden. Wo es gegen die Arbeiter gehen soll, verstimmen schließlich alle sogenannten „nationalen“ und patriotischen Verfassungen die Hahnel vom Erbsiedel haus und bestannen sich die Pfefferküde in aller Welt auf die Solidarität ihrer Interessen. Sir Douglas Haig, Le Maréchal Jogh, Erzellen Watter, die Koblende

Ballkistum des Proletariats — welsch grandioses, ungeahntes Bild

aus dem Film: Der Untergang der kapitalistischen Weltordnung! Wir nehmen an, daß mit dem Vorschlag der Westminster Gazette das Londoner Kabinet nur einen Versuchsballon aufsteigen ließ, ein Versuchsballon, der eingesehen werden kann, wenn das englische Proletariat seine mächtige Stimme gegen den fauleren Plan erheben sollte. Und in der Tat blitze die Arbeiterschaft Großbritanniens sich wie ein Mann erheben, wenn wirklich ernsthaft die englische Militärwalze, die schon gegen die russische Arbeiterschaft so glänzend verlagte, nimmere zu neuen antikapitalistischen Heldengestalten Lloyd Georges und seiner Klasse gegen die deutsche Arbeiterschaft verwendet werden sollte. Die an anderer Stelle wiedergegebenen Neuierungen des sozialistischen Daily Herald gegen die Ausdehnung der französischen Invasionen beweisen, daß das englische Proletariat auf der Hut ist. Wir halten die unkonventionellen Männer an der Themse für zu klug, als daß sie ernsthaft in der Gesamtheit einen Plan erwägen, der zur Revolutionierung des Insekretchs mehr beitragen könnte, als Wochen und Monate eifrigster Propaganda unter den Arbeitern.

Jedoch die Tatsache, daß ein solcher Vorschlag von einem englischen Regierungsblatt überhaupt gemacht wurde, bleibt bestehen. Das nationale Feigenblatt der Pfefferküde in aller Welt sinkt, in dürftiger lässlicher Nachtheit stehen sie da als die erbärmlichen Hüter ihres Profits und die im schamvollsten Geiz glorieich geeinten Konstabler ihrer Geldbörse. Es lebe die Internationale der schließenden Pläne im Ruhrgebiet!

Die Berliner Genossen über die Taktik.

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Zu teilweise recht erregten Debatten führte die Fortsetzung der Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. V., die am Karfreitag begonnen hatte. Ein Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, Hilferding, Ledebour und Breitfeld rechtfertigten die von der Parteileitung eingenommene Haltung während des Generalstreiks. Die realen Machtverhältnisse hätten gezwungen, am Sonntagabend nach dem Rapp-Putsch die Proklamation zum Generalstreikabbruch mit zu unterzeichnen, sonst hätte die Aktion bei den Arbeitern das Gefühl der Niederlage hinterlassen, nicht das eines gesteigerten Machtbewußtseins. Tatsächlich sei auch etwas erreicht, die Müller und Gehler könnten nicht mehr so frei schalten, wie die Bauer und Koste; die Regierung stehe unter einer gewissen Kontrolle der Arbeiter.

Andere Redner griffen die Partei wegen ihrer Haltung in der Streikzeit sehr scharf an und wandten sich vielfach gegen die Redaktionsführung der Freiheit, die das Aktionsprogramm von Leipzig völlig außer acht lasse. Crippien habe sich leider von der Freiheit-Redaktion immer mehr ins Schlepp nehmen lassen. Die Arbeiterschaft beginne das Vertrauen zur Führung der U. V. völlig zu verlieren.

Auch diesmal kam die Debatte noch nicht zu Ende, sondern es wurde wiederum Vertagung beschlossen.

Nochmals Minister Schwarz und die Reichswehr.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Kaiserliches Wirtschaftsministerium.

„An die Redaktion der Leipziger Volkszeitung.“

„In Nr. 51 Ihrer Zeitung bringen Sie meine Erwiderung auf Ihre Note aus Ihrer Nummer vom 1. April dieses Jahres. Gleichzeitig nennen Sie mir Ihren Gewährsmann und zwar Herrn Dr. Kurt Geyer. Ich habe Veranlassung genommen, die Namen der beiden Offiziere festzustellen, um eine Klärung der Angelegenheit anzustreben. Ob mir dies gelingt, weiß ich natürlich nicht, möchte aber nochmals ausdrücklich betonen, daß es ausgeschlossen ist, daß ich während der Tage der Leipziger Kampfhandlungen Soldaten aufgefördert habe, gegen die Arbeiterschaft zu marschieren. Es wäre dies ja geradezu das Gegenteil von dem, was ich für notwendig erachtete.“

Es gibt nur eine Möglichkeit, für das Gespöch genannter Offiziere eine Deutung zu finden. Ich habe am Montag, dem 15. März, vormittags aus eigenem Antrieb bei sämtlichen Truppenteilen der Dresdener Garnison eine Ansprache gehalten, in der ich die Soldaten über die Berliner Vorkommnisse aufklärte und sie aufforderte, den Verbrechern Rapp und Wittwig unter keinen Umständen Gehorsam zu leisten. Ich forderte die Soldaten auf, wenn es sein möchte, mit der Waffe in der Hand gegen diese Verbrecher vorzugehen, und verlangte von ihnen, daß sie unter allen Umständen ihrem der Verfassung geliebten Eide Treue halten müßten.“

Diese meine Ansprache an die Soldaten war um so wichtiger, als bis dahin das Verhalten des Generals Maeder ein recht zweifelhaftes war und wir in Dresden Wert darauf legen mußten, die Truppen nicht zu reaktionären Zwecken gebraucht zu lassen. Bei meiner Ansprache an die Truppenteile waren drei Stollpersonen zugegen, die, wenn es sein möchte, als Zeugen in Betracht kämen, wenn es Offiziere geben sollte, die aus meinen Ausführungen etwas anderes herauslesen wollen. Die angeblichen Neuierungen der Offiziere sind aber schon aus dem Grunde unmöglich, weil am Montag, dem 15. März, irgendwelche Kampfhandlungen zwischen bewaffneten Arbeitern und der Reichswehr kaum denkbar waren, noch nicht eingetreten bzw. bekannt waren. Selbst über die Leipziger Vorkommnisse konnte ich erst am Montagabend durch die nach Dresden kommenden Genossen Lipinski, Hagen usw. etwas Genaueres erfahren.“

Herr Dr. Kurt Geyer hätte m. E. richtiger gehandelt, die beiden Offiziere sofort auf ihrer Rechenungen in bezug auf meine Person zu stellen. Persönlich hätte ich zweifellos so gehandelt und nicht erst den Umweg über eine Zeitungsnotiz benutzt, die doch bei einem Velle der Leser den Eindruck hinterlassen kann, an der Sache sei doch etwas Wahres.

Der Wirtschaftsminister Schwarz, B. A.: gen. P. Brand.

Diese Zuschrift des Ministers Schwarz stellt die Sache klar. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß seine Haltung so gewesen ist, wie es die Arbeiterschaft fordern muß. Um so mehr müssen wir bedauern, daß es ihm nicht gelungen ist, seine Regierungsgesellen insgeheim oder doch in der Mehrheit auf seinen Standpunkt hinzuüberzuziehen, so daß der Feldzug des Herrn Senfft von Pilsach gegen die Leipziger Arbeiterschaft verhindert werden konnte. Es wäre in diesem Falle viel Unheil verhütet worden.

Genosse Kurt Geyer würde wahrscheinlich — er ist zur Zeit in Berlin, so daß wir ihm nicht selbst das Wort geben können — so gehandelt haben, wie Minister Schwarz es als wünschenswert bezeichnet, wenn nicht die auffällige Tatsache, daß die Reise des Ministers nach Leipzig ganz ohne Einfluß auf die Haltung der Regierung blieb, ihn wie andre argwöhnisch in bezug auf die Stellung des Ministers gemacht hätte. Nach den bestimmten und von der Regierung nicht beanstandeten Erklärungen des Ministers über seine vergeblichen Bemühungen, seine Kollegen umzustimmen und über seine angeblichen Proteste gegen ihre Beschlüsse über die Maßnahmen in Leipzig ist dieser Argwohn jetzt gegenstandslos geworden. Um so größer aber erscheint uns die Verantwortung der deutschen oder sächsischen Regierung an dem, was in Leipzig gegen die Arbeiterschaft geschah.

Erfolgreicher Reinwäsungsveruch.

Vor einigen Tagen berichteten wir über eine uns zugegangene Mitteilung des Herrn Martin in L.-Ager. Darin wurde entschieden bestritten, daß der Sohn des Herrn M. als Angehöriger der Reichswehr die Neuerung über die beabsichtigte Zerkürung des Volkshauses getan haben könne, weil er im Laazett Hege. Demgegenüber hält unser Gewährsmann seine Angaben in vollem Umfang aufrecht. Er erklärt uns, daß der Kanonier Martin sich an dem genannten Tage tatsächlich bei dem genannten Reichswehrtroop befunden und ihm gesagt hat, das Volkshaus werde gekürzt und in Brand geschossen. Unter Gewährsmann kennt den M. genau, und eine Verwechslung ist nach seinen Angaben ausgeschlossen.

Deutschland.

Ein Protest der Eisenbahngestellten.

Frankfurt a. M., 10. April. Fünf Eisenbahnerorganisationen haben dem Präsidenten der Eisenbahndirektion mit dem Ersuchen, sie an die Besatzungsbehörde weiterzugeben, eine Entschließung überreicht, in der sie fernerlich Protest erheben gegen den Befehl, nach dem sich das gesamte Personal als requiriert im Dienste der französischen Besatzungstruppen zu betrachten habe. Die Eisenbahngestellten und Arbeiter erklären, daß sie nur Befehle ihrer vorgesetzten Dienstbehörde entgegenzunehmen und auszuführen sich verpflichtet fühlen. In der Ausführung der von der rechtmäßigen deutschen Regierung gegebenen Weisung, Ruhe und Ordnung zu bewahren und das Ansehen nicht zu vergrößern, werden die Eisenbahnbeamten u. Arbeiter ihren Dienst als deutsche Eisenbahner im Interesse der Bevölkerung ohne Einschränkung weiter versehen. Sie müssen es aber ablehnen, hierzu mit militärischen Machtmitteln einer fremden Truppe sich zwingen zu lassen, und fordern deshalb von der zuständigen Besatzungsbehörde, daß sie diese als Requirierung bezeichnete Maßnahme zurücknehme und die Eisenbahndienststellen und Gebäude von militärischen Besatzungen befreie. Die Erfüllung der geforderten Forderung ist unbedingt nötig, um Ruhe und Ordnung und besonders den lebenswichtigen Betrieb aufrechterhalten zu können.

Bülow-Nachfolger.

An Stelle des Generals v. Littwitz ist als Oberbefehlshaber des Reichswehrtkommandos I Berlin der General v. Berger ernannt worden, der bisher in Stuttgart befehligte.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Tarifstreik im Leipziger Holzgewerbe.

In einem als Drucksache verschickten, mit der Ueberschrift: „Zur Aufklärung“ versehenen Flugblatt wendet sich der Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Bezirk Leipzig, an die Leipziger Holzarbeiter, die seit dem 6. bzw. 8. März die Betriebe verlassen haben. Gleich für den ersten Satz seiner „Aufklärung“ dürfte der Arbeitgeberverband den Beweis der Wahrheit schuldig bleiben. Er meint: „Nachdem ein großer Teil der Leipziger Holzarbeiter verschiedentlich den Wunsch geäußert hat, über die Stellungnahme der Arbeitgeber auf geklärt zu werden, steht sich der unterzeichnete Arbeitgeberverband veranlaßt, nachstehendes zur Kenntnis der Allgemeinheit zu bringen.“ Dieser „große Teil der Leipziger Holzarbeiter“ besteht natürlich nur in der Phantasie des Schutzverbandes. Geradezu komisch aber wirkt es, wenn der Schutzverband schreibt, die meisten Holzarbeiter seien überzeugt, daß die ursprünglich gestellte Forderung von 40 Pfg. pro Stunde nicht berechtigt war. Dieser Behauptung steht die Tatsache gegenüber, daß etwa 2000 Holzarbeiter die Betriebe verließen, um die Berechtigung ihrer Forderung zu beweisen. Hät man die Arbeiter für so dumm, in der heutigen Zeit nebelhafter Wänsche wegen die Leiden langer Arbeitslosigkeit auf sich zu nehmen?

Der Schutzverband schreibt weiter, er sei „im Interesse der Wiederherstellung des Friedens“ bereit gewesen, „wiederrum Opfer zu bringen“. Der Schutzverband erneuert sodann seine in der Verhandlung am 6. April in Anwesenheit des Verbandsmitgliedes Dammer gemachten sogenannten „Zugeständnisse“. Diese sind aber in der Verhandlung vom 7. April nach einem Referat Dammers, und da auch dieser sie als unannehmbar bezeichnete, einmütig abgelehnt worden, was dem Schutzverband noch am selben Tage schriftlich mitgeteilt wurde. Gleichzeitig sind dem Schutzverband auch die Mindestforderungen, die die Versammlung nach scharfer Debatte annahm, zugegangen.

Der Schutzverband glaubt also, daß die Holzarbeiter „innerhalb dreier Tage ihre Ansicht geändert haben und reumütig zurückzutreten wollen. Die Organisationsleitung hat es aber trotzdem für richtig gehalten, das Schreiben vom 8. April seinen Mitgliedern zu unterbreiten. Nach eingehender Aussprache in der sehr stark besuchten Versammlung vom 10. April wurde gegen 2 Stimmen folgende Entscheidung angenommen:

Die am 10. April im Volkshaus tagende Versammlung der außerhalb der Betriebe stehenden Holzarbeiter nimmt die Ablehnung der von ihrer Verhandlungskommission aufgestellten Mindestsätze für die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Versammlung der Unternehmer zur Kenntnis und erklärt, daß nunmehr jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen ist und die Unternehmer allein für die jetzt notwendige Verschärfung des Kampfes verantwortlich sind. Die Holzarbeiter sind sich bewußt, daß der Kampf jetzt bis zum äußersten Ende geführt werden muß. Sie wenden sich deshalb an die gesamte organisierte Arbeiterschaft Leipzigs, um deren Unterstützung zu gewinnen.

Der Streik in den Leipziger Grubenbesetzungsbetrieben dauert ununterbrochen fort. Die Unternehmer sind diesmal ganz besonders hartnäckig. Jedoch auch die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, von ihren gerechten Forderungen zurückzutreten. Es liegen Berechnungen vor, die beweisen, daß die Unternehmer die geforderten Löhne zahlen können. Man will aber auch wieder die „mahlofen“ Forderungen der Arbeiter zum Vorwand nehmen, die Abonnementspreise zu erhöhen. Streikarbeit ist nach wie vor noch zu verweigern.

Deutscher Transportarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Leipzig).

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Leipzig. Infolge Streiks ist es nicht möglich, den in Nr. 4 der Leipziger Mitteilungen angelegten Termin für die Wahlen zum 1. ordentlichen Bundesstag einzuhalten. Gewählt wird am Sonntag, dem 9. Mai vormittags von 9 bis 11 Uhr; Wahllokal: Geschäftsstelle Burgstraße 14. Gewählt wird die von der Ortsverwaltung Leipzig aufgestellte Liste, beginnend mit dem Namen „Schweh“. Als Wahlausweis gilt das Mitgliedsbuch oder eine Bescheinigung der Hauptverwaltung. Beitragsrückstände müssen bis dahin beglichen sein. Am 11. April von Leipzig abreisende, aber im Gaugebiet Sachsen sich befindende Kollegen müssen unbedingt in dem nächsten erreichbaren Wahllokal ihrer Wahlpflicht genügen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinsche! In der am 1. April stattgefundenen Schlichtungsausschussung wurde der Stundenlohn für die Steinsche dem Tarif der Bauarbeiter gleichgestellt. Die Steinsche und die Unternehmer haben dem Spruch zugestimmt. Der Stundenlohn beträgt demnach vom 1. April an bis zur Einführung des Reichstarifs für Steinsche 5,25 M., für Nummer 5 M., für die Hilfsarbeiter 4,85 M.; das heißt, wenn in der Zeit keine Steuerungsulagen nötig werden.

Reinwäsungsveruch der Steinsche, Bahnhalle Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Friedrich Pfeiffer in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Pfeiffer, Vorort-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wilmanns & Co., Leipzig.

Diese Nummer umschließt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. April.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Matseier betreffend!

Das Komitee in Leipzig wird auch diesmal den Ortsgruppen des Bezirks bei der Ausgestaltung der Matseier hilfreich zur Hand gehen. Insbesondere ist es bereit, auch künstlerische Kräfte, soweit dies gewünscht und möglich ist, zu vermitteln. — Ferner hat das Komitee künstlerische Matseierkarten und Plakate anfertigen lassen, die den Genossen zum Vertrieb warm empfohlen werden können. Alle Ankündigungen, Veranstaltungen für die diesjährige Matseier betreffend, sind sofort zu richten an Genossen Albert Wolf, 2. Bismarck, Colmstraße 11, III. — Die Kassangelegenheiten erledigt Genosse Schröder, BezirksparteiSekretariat, Landauer Straße 10/21. Fernruf 5078.

Parteileitung und Kartellauschuss.

Dienstag, den 12. April, nachmittags 1/2 4 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, gemeinsame Sitzung der Parteileitung mit dem Kartellauschuss.

Südböh. Bezirk. Mittwoch, den 14. April, abends 7 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße 148.

Tauscha. Mittwoch, abends Punkt 7 Uhr, im Goldenen Löwen, wichtige Parteifunktionärsitzung. Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell. Die durch den Volkshausbrand unterfunstlos gewordenen Gewerkschaften sollen am Dienstag, den 13. April 1920, vormittags 10 Uhr, je einen Vertreter ins Hotel Victoria, Gerberstraße, senden. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Wozu diese Vorbereitungen?

Von einem Beobachter wird uns zuverlässig mitgeteilt, daß er gesehen hat, wie in das Universitätsgebäude, das bekanntlich noch immer von Militär besetzt ist, eine Menge Kisten gebracht worden sind. Handelt es sich dabei um Munitionskisten? Von der Villa Karl-Tauchnitz-Straße Nr. 2 ist am 8. April, vormittags 9 Uhr, eine Telefonleitung nach der Villa Nr. 3 gelegt worden. Wozu? Das auffälligste aber ist, daß in der Poststraße an einem Eingang zum Postgebäude der Fußweg aufgerissen und das Erdreich zu beiden Seiten zu einem Damm aufgeschüttet worden ist, der einer Barrikade verdammt ähnlich sieht. Das eiserne Gittertor an dem erwähnten Eingang ist verschlossen, dahinter stehen bewaffnete Soldaten. Wozu das alles, wozu der Barrikadenbau? Weiß der Polizeidirektor von all diesen aufreizenden Tatsachen? Schreiet er pflichtgemäß ein?

Am Sonnabend haben die Zeitfreiwilligen sich herausgenommen, einen Zivilisten zu verhaften. Wer schützt die Einwohner vor solchen Freiheitsberaubungen?

Ein jugendlicher Köstche hat erzählt, er habe in die Kasse, weil er auf Befehl seiner Vorgesetzten mit anderen Kameraden beauftragt sei, in Stillefeldern mit einer Sandartmatte und mit Revolver bewaffnet in Spartakistenversammlungen zu gehen. Was bereitet sich in Leipzig vor? Treffen die Militärs erneut Vorbereitungen zu blutigen Kämpfen? Wir verlangen schleunigst klipp und klare Antwort!

Die Kleinmesse

hat gestern auf dem Neuplatz ihren Anfang genommen. Sie besitzt immer noch große Ansehenskraft auf die Bevölkerung, die so stark vertreten war, daß an diesen Stellen der Verkehr teilweise stockte. Das prächtige Frühlingsernter wird diesen Massenausflug nach der Schaumesse ebenfalls begünstigt haben. Es sind wieder zahlreiche Verkaufs- und Schaubuden sowie die unvermeidlichen Karussells vorhanden. Gekauft wurde gestern sehr viel, doch war zu beobachten, daß man dem größten Schund, der auf einer Kleinmesse nicht fehlt, möglichst aus dem Wege ging, obwohl sich die Anpreisler alle Mühe gaben, ihn mit vielen Worten dem Publikum anzuschmeißen. Zwei Vortemnonales „Mir'n Dahler“, was kann das sein? Diese Frage erwidert doch zu mahnend und er behält seine Goldschneide lieber in der Tasche, als daß er sie nutzlos ausgibt. Und dann der alternde Land, der „fast umsonst“, nur der Reklame wegen“ abzusehen vermag wird, findet heute mehr Kritiker als sonst.

Was wertvoll ist und in der Wirtschaft gebraucht wird, ist sehr teuer. Viele Waren sind nicht nur zers, sondern zwanzigfach im Preise gestiegen. Inbuckie und Großhandel erzielen enorme Gewinne und der Verbraucher muß zahlen, wenn er nicht auf die notwendigen Bedarfsartikel verzichtet will. Er mag sich noch zu einschränken, er mag die Einkäufe immer wieder aufschieben, schließlich muß er sie doch vornehmen, wobei er die Erfahrung macht, daß er billiger gekauft, wenn er früher zugegriffen hätte, und daß ihm das Jögern nur noch mehr Geld aus der Tasche gelöst hat. Gewaren, Süßigkeiten, sind in den Buden in großen Mengen aufgetischt. Es gibt belegte Brötchen und Würste. Die Hauptrolle ist, daß man die gefestigten Preise sahlt, dann erhält man alles, was das Herz begehrt. Wer seinen Durst löschen will, findet reichlich Gelegenheit dazu. Die großen Bierhallen haben Massenbesuch zu verzeichnen und auch die Verkäufer von Limonaden lesen die alkoholfreien Getränke ab. Und dann der Rummel. „Hier ist das Volk's wahrer Himmel!“ könnte man mit Faust ausrufen. Leider sind die Veranstaltungen fast durchweg minderwertig. Doch sie halten sich, sie werden in Anspruch genommen. Das ist kein Wunder, sieht man doch überall, daß, je schlechter eine Darbietung ist, sie desto größeren Kassenerfolg hat. Man braucht ja nur an das Kino, an die Operette zu denken. Es wird noch viel Mühe kosten, um hier eine Aenderung herbeizuführen. In der Profitwirtschaft ist ein radikaler Umschwung nicht möglich.

Ratsbeschlüsse.

Einweisung eines neuen Ratsmitgliedes. In der Gesamtsitzung fand die Verpflichtung und Einweisung des an Stelle des am 31. März d. J. aus dem Ratskollegium ausgeschiedenen Stadtrats Siemens neu in das Ratskollegium eintretenden bisherigen Stadtverordneten Bahnhofsvorsteher Gustav Vogel statt. Wählung der Gasperre. Man nahm Kenntnis davon, daß es infolge eines besserer Gasofoleneingänge bei den städtischen Gaswerken und der stetig zunehmenden Länge der Tage möglich geworden ist, von Montag, den 12. April, ab die Gasperre während der Zeit von 1/2 bis 1 Uhr mittags aufzuheben, so daß von diesem Tage ab wieder ununterbrochen von 11 bis 1 Uhr mittags, außerdem von 6 bis 1/2 Uhr abends und von 1/2 bis 1/2 Uhr morgens Gas abgegeben wird.

Einem Nachtrag zum Dridagesch über Mietwohnungen vom 18. November 1918, in dem die Bedingungen festgesetzt werden, unter denen Dachbauten an Wohnwänden verwendet werden dürfen, wurde zugestimmt. Die Stadtverordneten sind um Zustimmung zu ersuchen. Bewilligt wurden: a) 700 000 M., und zwar in Höhe von zwei Dritteln zu Lasten des Gesamtvermögens und in Höhe von einem Drittel zu Lasten des Betriebes für den Umbau des Dachgeschosses usw. der Georgenstraße; b) 1000 M. Berechnungsgeld zur Durchführung der Wahlen auf Grund des Betriebsratengesetzes; c) 20 000 M. Berechnungsgeld zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte vorbehaltlich der Berechnung bei den einzelnen Betriebsräten; d) 8700 M. zu Lasten der Stadterweiterungskasse für Umrüstung und Befestigung des Vorgartenlandes vor den Grundstücken Würzener Straße 111 und 113. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Höhere Bezahlung für Ueberstunden. Zugestimmt wurde einer angemessenen Erhöhung der Vergütung für Ueberstunden. Um einem Mißbrauch mit der Leistung von Ueberstunden vorzubeugen, wurde zugleich beschloffen, die Anordnung zur Leistung von Ueberstunden von der zuvorigen Genehmigung der 1. Abteilung des Rates abhängig zu machen.

So wurde für Ruhe und Ordnung gesorgt.

Im Handelsteil des Leipziger Tagesblattes (Nr. 164 vom 11. 4. 20) lesen wir:

„Zonderbare Zustände an der Leipziger Börse. Die Verhältnisse an der hiesigen Börse fangen an, unerkennlich zu werden. Trotzdem seit drei Wochen in Leipzig Ruhe herrscht, wird der Börsenfuß immer noch von Zeitfreiwilligen in starker Anzahl als Quartier benutzt. Es ist hier nicht zu unteruchen, ob die immer noch anhaltende Alarmbereitschaft notwendig ist oder nicht. Das mögen die zuständigen Stellen tun. Aber es geht nicht an, daß das normale öffentliche Leben in solcher Weise gestört wird, wie das hier geschieht. Zeitweise kann man während der Börsenstunden sein eigenes Wort nicht verstehen. Die meisten in Ziffeln und Bänke sind ruiniert dadurch, daß die strophessochten Rehen und Elge zerissen und zertritten sind; mit Äschen werden Bilanzrechnungen gemacht, und der in Trümmer gegangene Tisch liegt in eine Ecke. Abgesehen davon, daß die Reparaturen von durchaus vermeintlichen Schäden Tausende von Mark kosten werden, haben die Börsenbesucher Meilen für die Tische bezahlt, die sie seit Wochen nicht mehr benutzen können. Das für den Börsenverkehr bestimmte Telefon ist für die Presse fast unbenutzbar. Wenn keine Mädchen es für richtig halten, sich mit Freiwilligen für Mensdorf oder Rathswitz zu verabreden, so braucht das nicht gerade in der Börsenzeit zu geschehen. Es gibt in Leipzig genug Räume, wo die Mannschaften einquartiert werden können. Falls aber die in Betracht kommenden Stellen die Bedeutung des Börsenverkehrs für das deutsche Wirtschaftsleben nicht kennen, müssen sie sich darüber aufklären. Wir verlangen, daß normale Verhältnisse für den Börsenverkehr wiederhergestellt werden.“

Dieser Stillsitzer ist sehr bezeichnend, aber das Bürgerturn ist ja so entzückt von der Herrschaft der Zeitfreiwilligen in Leipzig. Es bewundert ihre Heldentaten und ist stolz auf die Musterknaben, die in so vorzüglicher Weise — die Ordnung aufrechterhalten.

Es wird alles bestritten.

Von der Reichswehrbrigade 19 wird uns zu dem in Nr. 50 der Leipziger Volkszeitung vom 8. April 1920 veröffentlichten Artikel: „Ein Knabe von Reichswehrsoldaten totgefahren“, geschrieben: Die in dem in Nr. 50 der Leipziger Volkszeitung vom 8. 4. 20 abgedruckten Artikel: „Ein Knabe von Reichswehrsoldaten totgefahren“ angeführte Behauptung, ein mit Reichswehrangehörigen besetzter Personenkraftwagen habe am 1. April, kurz nach 1 Uhr, Ecke Bagrische- und Krudtstraße einen etwa 10 Jahre alten Knaben totgefahren, ist unrichtig. Unwahr ist ebenfalls, daß das Fahrtempo des Wagens nicht unter 50 Kilometer in der Stunde betragen habe. Wahr ist vielmehr, daß der Knabe, der in den nur mit mäßiger Fahrgeschwindigkeit fahrenden Kraftwagen direkt hineinkam, nur eine ganz geringfügige tieferer Verletzung davongetragen hat, wie durch den Arzt Dr. med. Gähler, Bagrische Straße 110, zu dem der Verletzte durch die Insassen des Kraftwagens selbst gebracht wurde, sofort festgestellt worden ist.

Die Wählt, die schweren Unfall, der durch Angehörige der Reichswehr herbeigeführt worden ist, möglichst unerschädlich hinzustellen und die Reichswehr von aller Schuld reinzuwaschen, geht deutlich aus dieser Verhöhnung hervor. Zu diesem Zweck wird auch nur von einer ganz geringfügigen äußeren Verletzung gesprochen. Der Herr General braucht sich aber nur den Polizeibereich anzusehen, der von schwereren Verletzungen Mitteilung macht. Und wie uns von der zuständigen Stelle erklärt worden ist, besteht die Gefahr, daß der Knabe das Augenlicht einbüßen kann. Soweit zu der „ganz geringfügigen äußeren Verletzung“. In welchem Tempo die Reichswehr gefahren ist, wird durch Zeugen festgestellt werden. Auch hier ist die Behauptung des Herrn Generals zum mindesten sehr vornehm.

Die Erwerbslosigkeit in Leipzig.

Die Gesamtzahl der in der Erwerbslosenfürsorge stehenden Arbeitslosen ist von Ende Februar bis Ende März von 18 044 auf 12 008 zurückgegangen. Beim Arbeitsamt und den ihm angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweisen waren mit dem am dem Vormonat übernommenen Rest 18 958 (im Vormonat 18 050) Arbeitslose, 15 448 (14 220) männliche und 3510 (3290) weibliche, vorhanden; 8218 (10 123) offene Stellen, 6588 (6824) für männliche und 2090 (3200) für weibliche Personen, wurden gemeldet und davon 7897 (8028) besetzt, und zwar 6285 (6190) mit männlichen und 2102 (2700) mit weiblichen Arbeitslosen. Auf 100 männliche Arbeitslose kamen 80 (48) und auf 100 weibliche 75 (88) offene Stellen. Die vergleichenden Zahlen kennzeichnen die schwierige Arbeitsmarktlage im Berichtsmonat unter der Einwirkung des Generalstreiks und des unzulänglichen Streiks im Holzgewerbe, der etwa 2000 Arbeitslose neu an den Arbeitsnachweis brachte. Die Einkünfte an besetzten Stellen gegenüber dem Vormonat beträgt rund 1500, die sich auf fast sämtliche Abteilungen verteilt; die Fachabteilung für die Metallindustrie vermochte sogar noch ein besseres Ergebnis ihrer Vermittlungstätigkeit zu erzielen; sie besetzte 1484 Stellen gegen 1405 im Monat Februar, ein Beweis für den weiteren guten Geschäftsgang in dieser Industrie.

Arbeiterbildungsinitiativ. Der Kursus der Gemeindegewerkschaft beginnt am Dienstag wegen der Vorbereitungen von Lichtbildern statt 17 Uhr pünktlich 7 Uhr.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 14. April, abends 5 Uhr statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über die Bewilligung von Schulentlastungsbeiträgen für Kriegesopferinterbiene, über Uebernahme der Beerdigungskosten für die Familien bei den Unruhen und Leben Gelommenen, über weitere Erhöhung der Gebühren für Grabpflege, über eine Eingabe wegen Verabschließung der Grabensanfertigung, über weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne, über Weiterverehrung der erdhöhen Feuerungsanlagen und Arbeiterlöhne über den 1. April d. J. hinaus usw., über Bewährung eines Darlehens an das Gewerkschaftskartell, über Beschaffung von Schusswaffen für die Polizeibeamten.

Anonyme Vampfsche. Im Sonntag hatten die Leipziger Einwohner wieder einmal Gelegenheit, an Handelsläden und allen möglichen Wandläden weiße Flugblätter zu sehen. Ihr Inhalt wendet sich an die Arbeiterschaft und versucht, unter der Maske des Biedermanns, die Arbeiterschaft irrezuführen. Es muß freuzig

um die Sache der geistigen Urheber dieser Flugblätter bestellt sein, wenn sie es nicht einmal wagen, mit offenem Visier zu kämpfen und ihren Namen zu nennen. Wir überlassen dieses Verhalten dem Urteil der Leipziger Arbeiterschaft.

Haftplanänderung. Vom 12. April 1920 ab wird der erste früh von Gashwitz nach Plagwitz-Lindenau E. Stb. verkehrende Personenzug 2803 einige Minuten zeitiger gefahrt: Abfahrt Gashwitz 6.08, ab Gausch 6.20, an Plagwitz-Lindenau E. Stb. 6.35 Uhr vormittags. Sein Gegenzug Nr. 2804 hat vom gleichen Tage ab im Interesse der Arbeiterbeförderung erheblich zeitiger zu verkehren nach folgendem Fahrplan: ab Plagwitz-Lindenau E. Stb. 6.43 vorm., an Gausch 6.58, an Gashwitz 7.09 Uhr vormittags.

Die Gasrechnungen sind, wie man uns schreibt, in der Woche nach dem 1. April den Haushaltungen vorgelegt worden. Sie sind sofort zu begleichen, andernfalls das Gas gesperrt wird. Da die Rechnungen auf 2—3 Monate lauten, handelt es sich bei starken Familien um Summen von über 100 M. Da oben erst die Miete fällig war, fällt es dem Arbeiter schwer, die Gasrechnung zu bezahlen. Es wäre dringend zu empfehlen, die Rechnungen monatlich vorzulegen. Bei Mißgunstmaßnahmen hätte es außerdem den Vorteil, daß mehr Kleingeld in Umlauf käme.

ha. Weitere Zunahme der Sterblichkeit Ende März. Die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit ist in der vierten Märzwoche, vom 21. bis zum 27., in vielen deutschen Städten gegen die Vorwoche noch weiter gestiegen. So ging deren Zunahme, auf 1000 Einwohner und auf 1 Jahr berechnet, ohne Fremde in Berlin von 10,5 auf 21,0, in Dresden von 17,8 auf 20,8, in Leipzig 15,8 auf 19,7. Im übrigen der Stadt sie von den Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern in Köthen 17,1, Altona 17,3, Berlin-Lichtenberg 18,5, Berlin-Schöneberg 13,0, Berlin-Willmersdorf 8,1, Braunschweig 18,0, Bremen 14,5, Breslau 18,7, Charlottenburg 12,2, Chemnitz 10,0, Köln 15,0, Düsseldorf 18,1, Eisenfeld 18,1, Frankfurt a. M. 15,8, Gelsenkirchen 18,2, Gagen 23,2, Halle a. S. 0,2, Hamburg 23,3, Hamburg 14,0, Karlsruhe 17,5, Kiel 10,4, Königsberg i. Pr. 15,8, Leipzig 18,7, Lübeck 9,5, Magdeburg 16,2, Mainz 18,1, Münster i. Westf. 17,1, Neustadt 10,0, Nürnberg 15,0, Plauen i. V. 17,4, Saarbrücken 13,0, Stuttgart 17,2. Im ganzen betrug sie ferner in Augsburg 22,1, Kassel 18,7, Krefeld 11,5, Erfurt 23,4, München 10,9.

Die Auswanderung nach der Ukraine. Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Der Artikel vom 8. April 1920 kann uns nicht veranlassen, die Meinung des „Volksgenossen“ der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisation nach Sowjet-Rußland“ als unfehlbar anzuerkennen. Der „Volksgenoss“ heißt sich? Na schön, soll er! Wir glauben aber, die Mitglieder der „Interessengemeinschaft“ würden sich riesig freuen, wenn der „Volksgenoss“ endlich einmal beginnen würde, bei sich selbst festzustellen, was wirklich nicht stimmt.

Der Vorstand des Vereins „Ansehung Ukraine“
Sitz Leipzig, E. W.

Eine freche Schwindlerin. Zu der von uns am Sonnabend unter obiger Spitzmarke veröffentlichten Notiz wird uns mitgeteilt, daß die Sammlerin keinen Schwindel getrieben hat, sondern das gesammelte Geld restlos an die Organisation abgeliefert hat. Die Liste ist von einem Genossen ohne Kenntnis der Parteikassen und der Volkshausverwaltung ausgegeben worden. Daraus ersieht sich die Auffassung der Parteigenossen, daß die Sammlerin Schwindel trieb. Es muß verlangt werden, daß solche Listen nur im Einverständnis mit den Organisationen herausgegeben werden, damit solche peinliche Zwischenfälle vermieden werden.

Knaben- und Kleinkindverkauf. Freibank I: Nr. 7671—8270 (8271—8380); Freibank II: Nr. 4481—4880 (4881—4900); Hentschel (Gerberstraße): 8—9 Uhr, Nr. 128—230 (zum Höchstpreis).

Vollzeitsnachrichten.

Durch einen Kraftwagen angefahren. Am 1. d. M. nachmittags kurz nach 1 Uhr, ist in der Bagrische Straße bei den Anlagen in der Schenkendorfsstraße ein 7 Jahre alter, in Begleitung eines dienstmännchen befindlicher Schüler bei dem Ueberfahren der Fahrbahn von einem mit Reichswehr besetzten Personenkraftwagen angefahren worden. Das Mädchen hat nach reaktoria das Gerannachen des Wagens bemerkt und ist zurückgetreten, während der Knabe arglos weiterging, ohne auf den Jurost des Mädchens zu achten. Im selben Augenblick ist das Kind aber schon vom Wagen erfasst und förmlich in die Höhe und über den Wagen geschleudert worden. Der Knabe ist hierauf durch den Leiter des Kraftwagens mitamt seiner Begleiterin zu einem Arzt gebracht worden. Der Verunglückte hat bei dem Unfall schwere Verletzungen erlitten, deren Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Daß sie zum Tode des Kindes führen werden, ist aber erfahrungsgemäß nicht zu bestritten. Zeugen, die den Unfall beobachtet haben, wollen baldigst ihre Anschriften der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mitteilen.

Ein unbekannter Mordfall bei Gashwitz vom Zuge überfahren! Am 3. d. M. ist auf der Eisenbahnstrecke zwischen Eitzina und Gashwitz der Leichnam eines etwa 15 Jahre alten Schülers gefunden worden. Der Knabe, offenbar nach Leipzig geföhrt, hat sich dort von einem Zuge überfahren lassen. Er hat dunkelblondes, seit längerer Zeit nicht geschmittenes Haar, trägt einen braunfarbten Jacketanzug mit Welle, blauer Anlechose, schwarze Strümpfe, Schmirrhüte, weißes Hemd sowie eine rote Mütze mit silbernen Streifen. Zweifello ist es ein Schüler der 3. Realschule. Es ist bei ihm nicht der geringste Anhalt zur Feststellung seiner Person gefunden worden. Aus der Wäsche i das Zeichen ersicht und der auf der Rückseite des Rückenbildes mit Tinte aufgeschriebene gewesene Name bis auf den Anfangsbuchstaben des Vornamens, ein R., ausbricht. Einem Bahndiener, der den Knaben in dieser Gegend angefahren hat, hat er erzählt, er wäre zum Besuch seiner Tante in Zwenkau gewesen und sei jetzt auf dem Wege nach Leipzig. Der Leichnam ist nach der Anatomie in der Lieblichstraße gebracht worden. Die rote Mütze kann im Polizeiamt, Zimmer 107, befragt werden.

Verhaftung wird seit dem 2. d. M. die 23jährige, Brautstraße 20, 11., wohnhaft gewesene Buchbinderstochter Helene D r i e s s y geb. Schöppe. Sie hat an dem genannten Tage gegen 1/2 5 Uhr nach, die Wohnung verlassen und ist nicht mehr dahin zurückgekehrt. Sie ist 1,55 Meter groß, blond, hat frisches rundes Gesicht, graue Augen und Stumpfnase und war bekleidet mit einem grauen, aus einer Schlafbede gefertigten Rod roter Bluse, gestreiftem Jackett, weiß-grauen Strümpfen, Schmirrhütechen, welchem Hemd und gestreiften Reintloß. Ihr Trauring ist graviert P. O. 21. 0. 15. Ausgeschlossen ist nicht, daß sie sich ein Leid zugefügt hat, zumal ihr Geldtäschchen auf der Gartenmauer eines Grundstücks an der Pleiße in der Nähe des Rathhauses gefunden worden ist. Wer Angaben zur Ermittlung der Vermissenen machen kann, wolle dies umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache tun.

Ein Unhold treibt im Ostviertel seit einiger Zeit sein Unwesen. Er verfolgt junge Mädchen zunächst eine Zeitlang und überfällt sie in einer der in dieser Gegend — es kommen besonders die Falk-, Gora- und Hofer Straße in Frage — zum Teil wenig mit Häusern bebauten Straßen, um sich an ihnen unbillig zu vergähen. Der Frechling ist etwa 29—30 Jahre alt, ungelähr 1,85 groß, unterlegt und hat barfüßiges Gesicht. Weisheit war er mit grauer Soldatenuniform und nach hinten niedergeboppelter Infanteriemütze. Wer über seine Person Angaben machen kann, die dies recht bald bei der Kriminalabteilung bzw. bei der nächsten Wache, damit ihm baldigst sein schandloses Handwerk gelegt werden kann.

Unfälle. Am 8. d. M. nachm. 4 Uhr, ist auf dem Neuplatz ein Kaufmannslehrling mit seinem Fahrrad dadurch verunglückt, daß ihm zwei Frauen in sein Rad gefahren sind. Er stürzte zu Boden, wobei er den rechten Unterschenkel gebrochen hat. Der Verunglückte land Aufnahme im Krankenhaus St. Georg. — In der Bismarck-

Wann immer Vorkauf auch gegen Chemnitz
am 10. April. Der Chemnitzer Volkswacht erklärt
an die Chemnitzer Bevölkerung folgenden Aufruf:

Reichswehr vor Chemnitz. Niederwiesla, Hühner,
Rittweide und Frankenberg sind bereits besetzt. Die Chemnitzer
Arbeiterkassen sind abgelehnt, in den Generalstreik einzutreten,
wenn Reichswehrruppen nach dem Erzgebirge und dem Vogt-
lande geschickt werden, ohne nach Chemnitz zu kommen. Wir
müssen uns diesem Beschlusse fügen. Wenn trotz des feierlichen
Versprechens der Reichsregierung, keine Truppen nach Chem-
nitz zu schicken, dennoch die in so bedrohlicher Nähe von Chemnitz
liegenden Truppen in Chemnitz einrücken, gilt der am
Donnerstag von allen drei Arbeiterparteien einstimmig gefasste
Beschluss des Arbeiterrates, daß der vereinfachte General-
streik sofort einzusetzen hat. — Am Sonnabend wurde in Chemnitz
in allen Bezirken darüber abgestimmt, ob für den Fall, daß
Reichswehr nach dem Erzgebirge oder dem Vogt-
lande geschickt wird, Generalstreik einzusetzen solle. Es wurden
14 von den Generalstreik 37 000 Stimmen und gegen den
Generalstreik 61 000 Stimmen abgegeben.

Der hinter Holz stand.

In den Tatensberichten der bürgerlichen Presse war es so dar-
gestellt, als wenn die gesamte Arbeiterkassen des Vogtlandes hinter
Holz versteckt. Die Unwahrheit dieser Behauptung wurde schon durch
die gegenteiligen Erklärungen der Arbeiterorganisationen aller
Richtungen bewiesen. Holz selbst war aber, je mehr er seinen Ein-
fluß schwinden ließ, darauf bedacht, diesen Schwindel in seinem
Interesse aufrechtzuerhalten. Als der bayerische Staatsrat die Ver-
antwortung für sein Treiben ablegte und zurücktrat, ließ er ein
Plakat anfertigen, das auch von „zahlreichen Ortsgruppen der Kom-
munistischen Partei“ im Vogtlande unterschrieben war. Wie sich her-
ausstellte, waren diese Unterschriften gefälscht. Die Ortsgruppen
in Zwiesel und Plauen haben erklärt, daß sie nicht wußten, wie
die Namen dieser Ortsgruppen unter dem Aufdruck gekommen seien.
Es seien nicht befragt worden.

Die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in Grimnitzschau,
nördlich O. Rossau, erklärt zu dieser Sache folgende Erklärung: Die
gestern abend von unbekannter Seite an die Plautschauer ange-
schickenen Erklärungen sind ohne Wissen der hiesigen Ortsgruppe her-
vorgebracht worden. Die Unterschriften unserer Ortsgruppe
sind auch die der Ortsgruppe Verbau ist eine Fälschung. Ob mit den
Namen anderer Ortsgruppen Mißbrauch getrieben worden ist, ent-
scheidet sich unsere Kenntnis.

Jetzt erfolgt dieselbe Erklärung für die kommunistischen Orts-
gruppen Gera, Greiz und Reichenroda, wie aus nachstehender Erklä-
rung der Landesregierung des Volksstaates Meißn zu ersehen ist.

Bekanntmachung.

In Gera sind an einigen Stellen von unbefugter Hand Plakate
angebracht worden, in denen der Wahrheit zuwider behauptet wird,
es solle das Proletariat einmündig werden. Für den Volksstaat
Meißn besteht eine solche Absicht nicht. Die Leitung der staatlich
anerkannten Volkswacht ruht in zuverlässigen Händen. Die Volkswacht
wird nach den gefassten Beschlüssen um- und ausgebaut werden.
— Das Plakat ist auch von den Ortsgruppen der Kom-
munistischen Partei des Vogtlandes, darunter Gera, Greiz und
Reichenroda unterschrieben. Die hiesige Bezirksleitung erklärt an-
drücklich, daß ihre Unterschrift zu Unrecht erfolgt ist und die hiesige
Bezirksleitung der kommunistischen Partei mit dem Plakat nichts
zu tun hat.

Das sind schon sieben Ortsgruppen, deren Unterschriften kurzer-
hand zur Täuschung der Öffentlichkeit gefälscht wurden. Da Chem-
nitz und Plauen sowieso fehlt und auch noch einige andre gefälscht sein
dürften, wird von den zahlreich unterschriebenen Ortsgruppen über-
haupt nichts übrig bleiben.

Eine Tarifstelle für Sachsen.

Aus Dresden wird mitgeteilt: Bei dem Arbeitsministerium ist
eine Tarifstelle eingerichtet, die dazu bestimmt ist, sämtliche Tarife,
die zwischen Arbeitern und Unternehmern in Sachsen abgeschlossen
und für das sächsische Wirtschaftsleben bedeutsam sind, zu sammeln,
zu sichten und ihrem Inhalt nach entsprechend zu bearbeiten. Aus
dieser Tarifstelle soll sich nach und nach eine Zentralstelle für das
sächsische Wirtschaftsleben entwickeln, die für alle Tariffragen
zuständig sein wird. Zum Leiter dieser Zentralstelle ist vom Arbeits-
ministerium der bisher bei der Bankstelle für Gemeinwohlstand tätig
gewesene Heinrich Brandt berufen worden. Brandt war früher
Sekretär des Metallarbeiterverbandes.

Vereinigung sächsischer Gemeinden.

Die in der Amtshauptmannschaft Meissen liegende Gemeinde
Gruhen und die Dörfer Bergwerk, Reppin, Reppin
und Wagnau haben sich zu einer Gemeinde zusammengeschlossen,
die den Namen Scharfberg führt.

Jessenstein. In der gemeinschaftlichen Sitzung des Rates
und der Stadtverordneten wurde ein Antrag Unger und
Gottschalk eingebracht, in dem helde städtischen Kollegium Bürger-
meister Lueder wegen seines Verhaltens im letzten Wahlgange
ausgesprochen und ihm erwidert, sein Amt niederzulegen. Der An-
trag wurde gegen sechs Stimmen angenommen.

Langensfeld i. Vogtl. Aus der Wahl zum Alltags-
ausschuss sind die linksbündigen Parteien als die stärkste
Partei hervor. Es erhielten Stimmen die U. G. V. 768 (7 Sitze),
die Kommunisten 742 Stimmen (7 Sitze) und die Demokraten
576 Stimmen (4 Sitze).

Wüha. In diesen Tagen ist die zweite von der Gemeinde er-
richtete Baugruppe, die aus 8 Häusern mit 47 Wohnungen und zwei
Läden besteht, bezogen worden, nachdem bereits zum 1. Oktober 1910
eine ebenfalls aus 8 Häusern mit 45 Wohnungen bestehende Bau-
gruppe fertiggestellt war. Die erste Baugruppe ist an die Spar- und
Baugenossenschaft Wüha mündlich abgetreten worden, die zweite be-
hält die Gemeinde in eigener Verwaltung. Die Baukosten werden
für beide Baugruppen annähernd 3 Millionen Mark betragen, wovon
das Reich etwa 900 000 Mk., Staat und Gemeinde je etwa 400 000
Mark Zuschüsse zu leisten haben. Den in der zweiten Baugruppe
errichteten großen Laden hat der Bezirkskonsumverein Wüha ge-
mietet, der darin in den nächsten Tagen seine zweite Verkaufsstelle
in Wüha errichten wird. Leider ist trotz der Errichtung 95 Wohnungen
eine Minderung der hier besonders großen Wohnungsnot noch nicht
eingetreten. In eine Erklärung weiterer Wohnhäuser dürfte aber
nach den neuen Grundrissen für die Wüha der Reichs- und
Staatzuschüsse nicht zu denken sein, da eine Veräußerung der Bau-
kosten nicht möglich ist.

Wüha. In diesen Tagen ist die zweite von der Gemeinde er-
richtete Baugruppe, die aus 8 Häusern mit 47 Wohnungen und zwei
Läden besteht, bezogen worden, nachdem bereits zum 1. Oktober 1910
eine ebenfalls aus 8 Häusern mit 45 Wohnungen bestehende Bau-
gruppe fertiggestellt war. Die erste Baugruppe ist an die Spar- und
Baugenossenschaft Wüha mündlich abgetreten worden, die zweite be-
hält die Gemeinde in eigener Verwaltung. Die Baukosten werden
für beide Baugruppen annähernd 3 Millionen Mark betragen, wovon
das Reich etwa 900 000 Mk., Staat und Gemeinde je etwa 400 000
Mark Zuschüsse zu leisten haben. Den in der zweiten Baugruppe
errichteten großen Laden hat der Bezirkskonsumverein Wüha ge-
mietet, der darin in den nächsten Tagen seine zweite Verkaufsstelle
in Wüha errichten wird. Leider ist trotz der Errichtung 95 Wohnungen
eine Minderung der hier besonders großen Wohnungsnot noch nicht
eingetreten. In eine Erklärung weiterer Wohnhäuser dürfte aber
nach den neuen Grundrissen für die Wüha der Reichs- und
Staatzuschüsse nicht zu denken sein, da eine Veräußerung der Bau-
kosten nicht möglich ist.

Wüha. In diesen Tagen ist die zweite von der Gemeinde er-
richtete Baugruppe, die aus 8 Häusern mit 47 Wohnungen und zwei
Läden besteht, bezogen worden, nachdem bereits zum 1. Oktober 1910
eine ebenfalls aus 8 Häusern mit 45 Wohnungen bestehende Bau-
gruppe fertiggestellt war. Die erste Baugruppe ist an die Spar- und
Baugenossenschaft Wüha mündlich abgetreten worden, die zweite be-
hält die Gemeinde in eigener Verwaltung. Die Baukosten werden
für beide Baugruppen annähernd 3 Millionen Mark betragen, wovon
das Reich etwa 900 000 Mk., Staat und Gemeinde je etwa 400 000
Mark Zuschüsse zu leisten haben. Den in der zweiten Baugruppe
errichteten großen Laden hat der Bezirkskonsumverein Wüha ge-
mietet, der darin in den nächsten Tagen seine zweite Verkaufsstelle
in Wüha errichten wird. Leider ist trotz der Errichtung 95 Wohnungen
eine Minderung der hier besonders großen Wohnungsnot noch nicht
eingetreten. In eine Erklärung weiterer Wohnhäuser dürfte aber
nach den neuen Grundrissen für die Wüha der Reichs- und
Staatzuschüsse nicht zu denken sein, da eine Veräußerung der Bau-
kosten nicht möglich ist.

Wüha. In diesen Tagen ist die zweite von der Gemeinde er-
richtete Baugruppe, die aus 8 Häusern mit 47 Wohnungen und zwei
Läden besteht, bezogen worden, nachdem bereits zum 1. Oktober 1910
eine ebenfalls aus 8 Häusern mit 45 Wohnungen bestehende Bau-
gruppe fertiggestellt war. Die erste Baugruppe ist an die Spar- und
Baugenossenschaft Wüha mündlich abgetreten worden, die zweite be-
hält die Gemeinde in eigener Verwaltung. Die Baukosten werden
für beide Baugruppen annähernd 3 Millionen Mark betragen, wovon
das Reich etwa 900 000 Mk., Staat und Gemeinde je etwa 400 000
Mark Zuschüsse zu leisten haben. Den in der zweiten Baugruppe
errichteten großen Laden hat der Bezirkskonsumverein Wüha ge-
mietet, der darin in den nächsten Tagen seine zweite Verkaufsstelle
in Wüha errichten wird. Leider ist trotz der Errichtung 95 Wohnungen
eine Minderung der hier besonders großen Wohnungsnot noch nicht
eingetreten. In eine Erklärung weiterer Wohnhäuser dürfte aber
nach den neuen Grundrissen für die Wüha der Reichs- und
Staatzuschüsse nicht zu denken sein, da eine Veräußerung der Bau-
kosten nicht möglich ist.

Wüha. In diesen Tagen ist die zweite von der Gemeinde er-
richtete Baugruppe, die aus 8 Häusern mit 47 Wohnungen und zwei
Läden besteht, bezogen worden, nachdem bereits zum 1. Oktober 1910
eine ebenfalls aus 8 Häusern mit 45 Wohnungen bestehende Bau-
gruppe fertiggestellt war. Die erste Baugruppe ist an die Spar- und
Baugenossenschaft Wüha mündlich abgetreten worden, die zweite be-
hält die Gemeinde in eigener Verwaltung. Die Baukosten werden
für beide Baugruppen annähernd 3 Millionen Mark betragen, wovon
das Reich etwa 900 000 Mk., Staat und Gemeinde je etwa 400 000
Mark Zuschüsse zu leisten haben. Den in der zweiten Baugruppe
errichteten großen Laden hat der Bezirkskonsumverein Wüha ge-
mietet, der darin in den nächsten Tagen seine zweite Verkaufsstelle
in Wüha errichten wird. Leider ist trotz der Errichtung 95 Wohnungen
eine Minderung der hier besonders großen Wohnungsnot noch nicht
eingetreten. In eine Erklärung weiterer Wohnhäuser dürfte aber
nach den neuen Grundrissen für die Wüha der Reichs- und
Staatzuschüsse nicht zu denken sein, da eine Veräußerung der Bau-
kosten nicht möglich ist.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Leipzig. Das Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt,
hat gemäß § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Woh-
nungsmangel vom 28. September 1910 (R.-G.-Bl., S. 1143) den
Gemeindevorstand in Vorschub an folgenden Maßnahmen ersucht:

1. Der Gemeindevorstand ist berechtigt, dem Verfügungsberechtig-
ten einer benötigten Wohnung, die der Behörde im Verhältnis zur
Zahl der Bewohner und zu der am Orte herrschenden Wohnungsnot
nicht genügend ausgenutzt erscheint, für solche erheblichen Teile der
Wohnung, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Verwendung
als selbständige Wohnungen abgetrennt werden können, einen
Wohnungsluchenden zu bezeichnen, mit dem er einen Mietvertrag
abzuschließen hat. Kommt ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt
an Kurzen des Gemeindevorstandes das Einigungsamt, falls für
den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu
besorgen ist, einen Mietvertrag fest. Das Einigungsamt kann dabei
anordnen, daß die Gemeinde an Stelle des Wohnungsluchenden als
Mietler tritt und berechtigt ist, die Mieträume dem Wohnungsluchen-
den weiterzuvermieten.

2. Auf Anfordern des Gemeindevorstandes hat der Ver-
fügungsberechtigte der Gemeinde Fabrik, Lager, Werkstätten,
Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume, die im Verhältnis zur
Größe des Betriebes nicht genügend ausgenutzt erscheinen, zur Ver-
fügung von Wohnungsluchenden gegen Vergütung zu überlassen. Das
Einigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungs-
bedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt.
Die Gemeinde ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume
einem Dritten zu überlassen, insofern diese sie zu vermieten.
Alle die Mißgewährung gehen die Bestimmungen in § 5 der
Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom
28. September 1910 (Reichsgesetzblatt, S. 1143).

Ist der Verfügungsberechtigte selbst nur Mieter der in Anspruch
genommenen Räume, so wird die Erlaubnis seines Vermieters, die
Sache weiter zu vermieten, gegebenenfalls durch die Nachweisung des
Einigungsamtes ersetzt.

Die Festsetzung des Mietvertrages durch das Einigungsamt ist
ein Verwaltungsakt und als solcher von der Behörde durchzuführen.
Zur Durchführung der Befugnisse unter 1 und 2 kann der Ge-
meindevorstand anordnen, daß der Verfügungsberechtigte aller in
Betracht kommenden Räume seinem Beauftragten über diese Räume
und die Art ihrer Benutzung Auskunft zu erteilen und die Ver-
pflichtung zu gestatten hat.

Wer die geforderte Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erteilt
oder willkürlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
eine Verschönerung nicht gestattet, wird gemäß § 10, Abs. 2 der Be-
kanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom
28. September 1910 mit Geldstrafe bis zu einmündig Mark bestraft.

Mittau. In der Gemeindeverordnetenversammlung wurden die Um-
sätze der Spar- und Girokassen der letzten zwei Monate bekannt-
gegeben. Die Mittagskassen sind schlechter geworden, so daß Kinder
von 2-4 Jahren nur 1/2 Liter und von 4-6 Jahren 1/4 Liter ge-
niessen bekommen. Der Mittelpreis wurde auf 1.50 Mk. ab Erzeuger
und 1.85 Mk. ab Händler festgesetzt. Der Kaufmann einer 35-jährigen
Familie für Monat Februar betrug für die rationierten Lebensmittel
222 Mk. für Monat März 228 Mk. Zur Zeit hat Mittau
noch 5 männliche und 1 weibliche Person als Erwerbslose. In-
gesamt sind bis jetzt 81 000 Mk. Erwerbslosenunterstützung gezahlt
worden. Die Gehälter der Gemeindebeamten und Lehrer werden
vom 1. April bis auf weiteres in der bisherigen Höhe weitergezahlt.
Der Zuschlag für die Grundbesitzer wurde in 2. Leistung gegen
2 bürgerliche Stimmen angenommen. Die Sparkassenrechnung der
Sparkasse Engsdorf-Sommerfeld-Mittau wurde richtiggeprochen.
Die Erhöhung der Schornsteinrohrgebühren, ebenso die Höhe der Un-
fallversicherung der Feuerwehr und der Gemeindebeamten wurde bis
zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der Gründung einer Einwohner-
wehr wurde einstimmig zugestimmt. Ein Ausschuss von drei Ge-
nossen und einem bürgerlichen wurde gewählt, die Vorarbeiten zu
erledigen und die Kaufmann zu prüfen.

Gauß. Die Frage der religiösen Unterweisung der Jugend
bewegt zur Zeit viele Kreise unseres Volkes. Vielfach sind falsche
Meinungen über die Stellungnahme der sächsischen Lehrerschaft ver-
breitet. Zur Klärung hält der Bezirkslehrerverein Leipzig-Land
Diensttag, den 12. April, abends, im Alten Gasthof zu
Gauß eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr
Lehrer Kluge-Vensch zeigen wird, wie sich die sächsische Lehrerschaft
die stitliche Unterweisung in der weltlichen Schule denkt.

Wahren. Aus dem Gemeinderat. Auf die Beschwerde
der Gemeinde teilt der Kirchenvorstand mit, daß die Bestimmung
über Erhebung eines 100prozentigen Zuschlages zu den Friedhöfen-
gebühren für aus der Kirche ausgestretene Einwohner aufgehoben
worden ist. — Die Gemeinde intendiert ist aus dem hiesigen Staat-
bedarfsbericht auszuschließen. — Die Kassen- und Gemeinberechnungen
wurden richtiggeprochen. — Die durch Erhöhung der Preise für
Stelmateriale entstandenen Mehrkosten zum Ausbau der Bahnhofs-
straße wurden bewilligt. — Der noch nicht gepflasterte Teil der König-
straße soll wegen der allzu hohen Kosten nur beschottert werden. Die
Kosten in Höhe von 40 000 Mk. werden bereitgestellt. — Die Leipziger
Straße wird in Gemeindeführung übernommen. — Die Ge-

Leipzig. Das Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt,
hat gemäß § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Woh-
nungsmangel vom 28. September 1910 (R.-G.-Bl., S. 1143) den
Gemeindevorstand in Vorschub an folgenden Maßnahmen ersucht:

1. Der Gemeindevorstand ist berechtigt, dem Verfügungsberechtig-
ten einer benötigten Wohnung, die der Behörde im Verhältnis zur
Zahl der Bewohner und zu der am Orte herrschenden Wohnungsnot
nicht genügend ausgenutzt erscheint, für solche erheblichen Teile der
Wohnung, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Verwendung
als selbständige Wohnungen abgetrennt werden können, einen
Wohnungsluchenden zu bezeichnen, mit dem er einen Mietvertrag
abzuschließen hat. Kommt ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt
an Kurzen des Gemeindevorstandes das Einigungsamt, falls für
den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu
besorgen ist, einen Mietvertrag fest. Das Einigungsamt kann dabei
anordnen, daß die Gemeinde an Stelle des Wohnungsluchenden als
Mietler tritt und berechtigt ist, die Mieträume dem Wohnungsluchen-
den weiterzuvermieten.

2. Auf Anfordern des Gemeindevorstandes hat der Ver-
fügungsberechtigte der Gemeinde Fabrik, Lager, Werkstätten,
Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume, die im Verhältnis zur
Größe des Betriebes nicht genügend ausgenutzt erscheinen, zur Ver-
fügung von Wohnungsluchenden gegen Vergütung zu überlassen. Das
Einigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungs-
bedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt.
Die Gemeinde ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume
einem Dritten zu überlassen, insofern diese sie zu vermieten.
Alle die Mißgewährung gehen die Bestimmungen in § 5 der
Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom
28. September 1910 (Reichsgesetzblatt, S. 1143).

Ist der Verfügungsberechtigte selbst nur Mieter der in Anspruch
genommenen Räume, so wird die Erlaubnis seines Vermieters, die
Sache weiter zu vermieten, gegebenenfalls durch die Nachweisung des
Einigungsamtes ersetzt.

Die Festsetzung des Mietvertrages durch das Einigungsamt ist
ein Verwaltungsakt und als solcher von der Behörde durchzuführen.
Zur Durchführung der Befugnisse unter 1 und 2 kann der Ge-
meindevorstand anordnen, daß der Verfügungsberechtigte aller in
Betracht kommenden Räume seinem Beauftragten über diese Räume
und die Art ihrer Benutzung Auskunft zu erteilen und die Ver-
pflichtung zu gestatten hat.

Wer die geforderte Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erteilt
oder willkürlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
eine Verschönerung nicht gestattet, wird gemäß § 10, Abs. 2 der Be-
kanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom
28. September 1910 mit Geldstrafe bis zu einmündig Mark bestraft.

Mittau. In der Gemeindeverordnetenversammlung wurden die Um-
sätze der Spar- und Girokassen der letzten zwei Monate bekannt-
gegeben. Die Mittagskassen sind schlechter geworden, so daß Kinder
von 2-4 Jahren nur 1/2 Liter und von 4-6 Jahren 1/4 Liter ge-
niessen bekommen. Der Mittelpreis wurde auf 1.50 Mk. ab Erzeuger
und 1.85 Mk. ab Händler festgesetzt. Der Kaufmann einer 35-jährigen
Familie für Monat Februar betrug für die rationierten Lebensmittel
222 Mk. für Monat März 228 Mk. Zur Zeit hat Mittau
noch 5 männliche und 1 weibliche Person als Erwerbslose. In-
gesamt sind bis jetzt 81 000 Mk. Erwerbslosenunterstützung gezahlt
worden. Die Gehälter der Gemeindebeamten und Lehrer werden
vom 1. April bis auf weiteres in der bisherigen Höhe weitergezahlt.
Der Zuschlag für die Grundbesitzer wurde in 2. Leistung gegen
2 bürgerliche Stimmen angenommen. Die Sparkassenrechnung der
Sparkasse Engsdorf-Sommerfeld-Mittau wurde richtiggeprochen.
Die Erhöhung der Schornsteinrohrgebühren, ebenso die Höhe der Un-
fallversicherung der Feuerwehr und der Gemeindebeamten wurde bis
zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der Gründung einer Einwohner-
wehr wurde einstimmig zugestimmt. Ein Ausschuss von drei Ge-
nossen und einem bürgerlichen wurde gewählt, die Vorarbeiten zu
erledigen und die Kaufmann zu prüfen.

Gauß. Die Frage der religiösen Unterweisung der Jugend
bewegt zur Zeit viele Kreise unseres Volkes. Vielfach sind falsche
Meinungen über die Stellungnahme der sächsischen Lehrerschaft ver-
breitet. Zur Klärung hält der Bezirkslehrerverein Leipzig-Land
Diensttag, den 12. April, abends, im Alten Gasthof zu
Gauß eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr
Lehrer Kluge-Vensch zeigen wird, wie sich die sächsische Lehrerschaft
die stitliche Unterweisung in der weltlichen Schule denkt.

Wahren. Aus dem Gemeinderat. Auf die Beschwerde
der Gemeinde teilt der Kirchenvorstand mit, daß die Bestimmung
über Erhebung eines 100prozentigen Zuschlages zu den Friedhöfen-
gebühren für aus der Kirche ausgestretene Einwohner aufgehoben
worden ist. — Die Gemeinde intendiert ist aus dem hiesigen Staat-
bedarfsbericht auszuschließen. — Die Kassen- und Gemeinberechnungen
wurden richtiggeprochen. — Die durch Erhöhung der Preise für
Stelmateriale entstandenen Mehrkosten zum Ausbau der Bahnhofs-
straße wurden bewilligt. — Der noch nicht gepflasterte Teil der König-
straße soll wegen der allzu hohen Kosten nur beschottert werden. Die
Kosten in Höhe von 40 000 Mk. werden bereitgestellt. — Die Leipziger
Straße wird in Gemeindeführung übernommen. — Die Ge-

Berichtsaal.

Das nennt sich Rechtsprechung. Wegen Aufrufes ist am 8.
Oktober v. J. vom Landgericht Hamburg der Zeitschriftler
Gebbel zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Ange-
klagte sah sich am 24. Juni v. J. während der Unruhen das Treiben
auf den Straßen an. Es begann ein Gewehrfire auf die Polizei-
wache in der Lindenstraße und der Angeklagte lief in ein Haus, um
dort besser beobachten zu können. In dem Hauseingang bediente ein
Matrose ein Maschinengewehr und schob auf die Wache. Der An-
geklagte wurde später herausgeschleift, während der Matrose entfloh.
Der Angeklagte wurde für schuldig befunden, an dem Treiben des
Matrosen teilgenommen zu haben und wurde deshalb verurteilt.
Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in
welcher er seine Teilnahme bestritt und behauptete, er sei nur in den
Hauseingang gestiegen. Das Reichsgericht hielt das Urteil für be-
denklich und erkannte auf Verwertung des Rechtsmittels.

Landgericht.

Diebstahl. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts stand in
der Hauptverhandlung am 7. April der Koch Franz Otto W.
Er ist mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft und stand unter An-
klage wegen Vergehens gegen §§ 203, 204, 242, 244, 246 und 74
des Strafgesetzbuches. W. war zuletzt bei der Marineinfanterie-
kompanie in Leipzig. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er am
29. März 1910 das Vermögen des Maurers K. geschädigt habe,
indem er unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Eigentums-
matrosenanzug sich widerrechtlich angeeignet habe. Weiter wurde
er beschuldigt, am 19. April 1910 dem Kaiserarbeiter L. eine Militär-
hose gestohlen zu haben. Am 1. Mai soll er der Kantinenwirtin F.
hinter Mark entwendet und am 2. April einen Korb mit Noth-
nahrungsmitteln, Kleidung und Büchern ausgeraubt haben. Der An-
geklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Diebstähle und gesteht
nur zu, der Kochschmiede St. von einem Lazarett, der zur frag-
lichen Zeit in Engsdorf stationiert war, aus einem Korb, den
ihm diese zur Beförderung an ihre Eltern übergeben hatte, Lebens-
mittel gestohlen zu haben. Der Angeklagte begründete diese Tat
damit, daß ein Teil des Personals des Lazarettes Lebensmittel
unter die eigenen Angehörigen verteilt habe. Das Gericht ver-
urteilte den Matrosen W. zu einem Jahre drei Monate
Gefängnis und drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehren-
rechte.

Unzuverlässiger Ausfuhr. Die 7. Strafkammer des Leipziger
Landgerichts verhandelte am 7. April gegen die Geschäftsführer
Hermann P., Paul K., den Arbeiter Alfred S., die Ausfuhr
Richard C., Paul S., Richard K. und gegen die Wirtschaftlerin Anna
U. wegen Vergehens gegen §§ 242, 243, 244 des Strafgesetzbuches.
Der Angeklagte P. wird beschuldigt, bei der Firma S., bei der er
als Ausfuhr angestellt war, im November 1910 von einem Möbel-
wagen mit Unzugsgut eine Kiste mit Decken und einem Koffer
mit Wäsche und Kleibern gestohlen zu haben. Der Beschuldigte gibt
an, daß er am 11. November 1910 Unzugsgut nach dem Bayerischen
Bahnhof gefahren habe. In dem Möbelwagen sei ein Koffer
angehängt gewesen, dessen Inhalt die hiesige Kiste des Möbel-
wagens angehört hätte. Es hätten sich dann ein Korb und eine
Kiste in der Nähe der Kiste gefunden und er habe seinem Begleiter
angesprochen, mit ihm zusammen den Korb und die Kiste heraus-
zunehmen. Das haben sie getan und den Korb und die Kiste auf den
Möbelwagen gestellt. Während nun der Begleiter des W. den Möbel-
wagen nach dem Bayerischen Bahnhof fuhr, wartete der letztere an
dem Möbelwagen, bis sein Kollege mit den Pferden zurückkam.
Daraufhin haben beide das gestohlene Gut in einen Keller im Hause
des P. untergebracht. Der Angeklagte gibt zu, am 3. November
1910 auf dem Freiladbahnhof circa vierzig Zehntel aus einem
offenen Güterwagen gestohlen zu haben. Er verteidigt seine Hand-
lungswelt damit, daß er durch die Not dazu getrieben worden sei,
denn mit einem Wochenlohn von 72 Mk. habe er nicht auskommen
können. Von dem Erlös der gestohlenen Wäsche hat er für seine
Kinder Zehnte und Kleber angekauft. Dem Hauptbeschuldigten
P. wurden noch mehrere Fälle Diebstahl zur Last gelegt. Das Urteil
lautete bei P. auf drei Jahre drei Monate Zuchthaus
und fünf Jahre Ehrverlust, bei K. auf acht Monate zwei
Wochen Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Die übrigen
Angeklagten wurden zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Von Nah und Fern.

Grubenunfälle im Ruhrgebiet und in Schlefien.
Eilen, 10. April. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet,
entstand auf der Zeche Bruchstraße in Langendreer, die der Deutsch-
Luxemburgischen Aktiengesellschaft gehört, heute mittag, wahrschein-
lich durch Abgabe eines Sprengschusses im Fels Wälder eine
Kohlenstaubexplosion. Bisher wurden 13 Tote und 15 Verwundete,
zum Teil schwer verletzt, festgestellt.

Gleiwitz, 10. April. Am 9. April ereignete sich in der Capellen-
Grube in Westfalen eine Explosion, der eine Anzahl Bergleute zum
Opfer fielen. Es wurden 30 Tote und 7 Schwerverletzte geborgen.
Soweit es sich feststellen ließ, handelt es sich vermutlich um eine Kohlen-
staubexplosion, die durch einen überladenen Schuß aus der 375-Meter-
Sohle im Westfeld des Hochhammer-Tages hervorgerufen wurde.
Bei den Getöteten und Verletzten handelt es sich ausschließlich um
Bergleute, die an und in der Nähe der Explosionsstelle beschäftigt
waren. Der Tod ist durch Ertrinken oder Vergiftung eingetreten.
Brandwunden und andere Verwundungen sind verhältnismäßig
geringfügig. Es besteht die Hoffnung, die Schwerverletzten am
Leben zu erhalten. Da die Explosionsflamme nicht zündete, ist ein
Grubenbrand nicht eingetreten.

Explosion eines französischen Munitionslagers.
Berlin, 12. April. Bei der Explosion eines französischen Muni-
tionslagers in Aldersheim wurden ein Soldat und zwei deutsche
Kinder getötet und mehrere Personen schwer verletzt.

Familien-Nachrichten

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme
und den reichlichen Blumenbesuch bei dem so frühen
Einscheiden unseres einzigen geliebten Kindes
Elisabeth
sagen mit allen Verwandten, Bekannten und Haus-
bewohnern sowie Herr Pastor Dops für die trös-
telichen Worte herzlichen Dank.
L. Gohlitz, Breitenfelder Straße 85.
Herrn. Engelmann und Frau.

Am Sonnabend verstarb unsere Köchin, die
Verkaufert
Frieda Eltzsch.
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Zentralverband der Angestellten.

Am Sonnabend verstarb nach längerer schwerer
Krankheit unsere Verkäuferin, Frau
Frieda Elich.
Die Verstorbenen hat trotz ihrer kurzen Tätig-
keit in der Genossenschaft durch treue Pflichter-
füllung und beschwerendes Leben alleseitige Nach-
sicht erzwungen. Wir werden ihr ein ehrendes
Andenken bewahren.
Leipzig-Wagwitz, den 12. April 1920.
Die Genossenschaft und das Personal des Konsum-
vereins Leipzig-Wagwitz und Umgegend, e. G. m. b. H.

Alle Arten Felle
kauft zu allerhöchsten
Tagespreisen
Ritterstr. 35 Tel. 19876.

Ranin kauft alle
schönen Felle
Ritterstr. 35 Tel. 19876.

**Herrn-
Garderoben-Geschäft**
Größte Auswahl
Billigste Preise
J. Kindermann
Gebr. 1880
Neugart 1, I. Etg.
Ede Grimmtalstr.

**Zahnpraxis
Minna Torton**
Blücherstraße 45, I.
am Hauptbahnhof.
Tel. 10875 Gehr. 1898
Künstl. Zähne von 1.25 M. an
Plompen . . . L. . .
Reparaturen sofort
Billige Preise.
Schonendes Behandl.

Gegen Würmer
hat sich **Wurmfeld** als
Mittel für Erw. und
Kinder vorzüglich bewährt.
Nur echt **König-Salomo-
Apothek.** Leipzig.

8ung!
Ich kaufe und zahle
Bücher 1 kg 2.10
Bücher 1 kg 1.80
Ganzlumpen
1 kg bis 2. — Mk.
sowie
alte geklebte Wölle
Rot-, Weißwein- u.
Gettrflächen
zu höchsten Tages-
preisen.
Auf Wunsch hole jeden
Vollen ab.
P. Bachmann
L. Gohlitz
Wittenbergstraße 38
Telephon 10028.

Zeitungen
Kilo Mk. 2.00
Bücher kg 1.50
Mosch kg 0.80
Flaschen, Lumpen,
alte Strümpfe, Gwis,
Altisen und sämtl.
Metalle
kaufen z. höchst. Tagespr.
Krieger & Co.
Leipzig-Kleinwachter,
Schwarze Straße 2.

